

Bildung, Jugend, Familie

Jugendamt

Das Jahr 1979 war von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr des Kindes erklärt worden, mit dem Ziel, daß Förderungsprogramme für Kinder überdacht und allenfalls neue Initiativen gesetzt werden sollten. Das Jugendamt der Stadt Wien war diesem Ziel auch schon vor dem Jahr des Kindes verbunden und kann bereits auf eine lange Tradition in der Arbeit für Kinder zurückblicken. Trotzdem war auch für das Jugendamt der Stadt Wien das Jahr 1979 ein Jahr, in dem Probleme von Kindern und Jugendlichen bei verschiedenen Tagungen in besonderem Maß diskutiert wurden, um weitere Verbesserungen vorzubereiten. Diese Tagungen befaßten sich mit den Themen „Forderungen an ein neues Jugendwohlfahrtsgesetz“, „Berufsausbildung geistig behinderter Kinder“, „Die Bedeutung des Kindergartens“ mit einem Hauptreferat von Frau Professor Anna Freud, „Mutter-Kind-Beziehungen in den ersten Lebenswochen“, „Aufgaben der Sozialtherapie“ sowie „Das benachteiligte Kind“; diese Tagung wurde gemeinsam mit der UNESCO-Kommission durchgeführt. Wenn es dank solcher Veranstaltungen gelingt, in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft die auftretenden Probleme zu erkennen und Lösungsstrategien zu entwerfen, so haben wir den ersten Schritt getan, um den Bedürfnissen der Kinder noch mehr Bedeutung zu verschaffen. Der zweite Schritt besteht darin, die geeigneten organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um Innovationen einzuleiten.

Hilfe für Kinder bedeutet auch Hilfe für Familien, insbesondere für Familien in schwierigen Lebenslagen. In der Familie wird nicht nur für das leibliche Wohl der Kinder gesorgt, sondern in ihr erleben sie auch die für ihre Lebenschancen grundlegende Förderung. Andererseits können Kinder in Krisensituationen diejenigen sein, die am meisten Schaden leiden. Der Ausbau der Unterstützungen für Familien sowie die Anpassung der Institutionen an die Bedürfnisse der Familien müssen Priorität haben, sei es auf den Gebieten der Information, Aufklärung und Bildung für Familien, sei es im Bereich der Familienplanung und der gesundheitlichen Betreuung, sei es in bezug auf familienergänzende Einrichtungen, wie Krippen, Kindergärten und Horte.

Die Stadt Wien hat nun eine eigene Bereichsleitung für Belange der Familie eingerichtet, damit die Angebote und Leistungen verschiedener Magistratsabteilungen im Interesse der Familien verstärkt koordiniert werden können. Der Vorteil aller dieser Maßnahmen für Familien liegt darin, daß dabei auf eine solide Basis bereits erreichter Ziele aufgebaut werden kann. So konnte 1979 für 82 Prozent aller drei- bis sechsjährigen Kinder ein Platz in einem städtischen oder privaten Kindertagesheim zur Verfügung gestellt werden, während die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen für alle fünfjährigen Kinder, deren Eltern eine Aufnahme wünschten, bereits im Jahre 1977 erreicht wurde. Gleichzeitig konnte in vielen städtischen Kindergärten jedoch auch die Gruppengröße von 32 auf 25 gesenkt werden. Der Kindergarten ist nicht mehr bloß Aufbewahrungsstelle der Kinder für die Zeit der täglichen Berufstätigkeit der Eltern, sondern eine anerkannte Bildungseinrichtung, die wesentlich dazu beiträgt, die Fähigkeiten aller Kinder zu entfalten. Zudem wird auf den Dialog der Eltern mit dieser Einrichtung, mit den geschulten Erzieherinnen der Kindergärten mehr und mehr Wert gelegt. Die Kindergärtnerinnen sprechen die Verantwortung der Eltern für die Erziehung an, haben ein Ohr für ihre Sorgen und laden sie zur Mitsprache ein. Weiters kann auf eine reiche Palette von Hilfen verwiesen werden, von denen keine gesellschaftliche Gruppe ausgeschlossen ist, da sie kostenlos angeboten wird. Die Palette reicht von den Ehe- und Familienberatungsstellen, die auch bei der Familienplanung helfen, über Elternschulen, Mutterberatungen, Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, Jugendinformationszentren bis zu therapeutischen Hilfen, wie sie in den Instituten für Erziehungshilfe und Sozialtherapie oder im Institut für Ehe- und Familientherapie angeboten werden.

Im Bereich der Rechtsfürsorge konnten die Bezirksjugendämter mit dazu beitragen, daß die finanziellen Hilfen auf Grund des Unterhaltsvorschußgesetzes einer wachsenden Zahl von Kindern zugute kamen. Die Zahl der Fälle, in denen Unterhaltsvorschuß gewährt wird, hat sich im Jahre 1979 um 899 auf 6.131 erhöht.

Weiterhin waren die Mitarbeiter bemüht, eine möglichst große Zahl von Müttern unehelicher Kinder zur Übernahme der Vormundschaft zu bewegen und boten gleichzeitig weitere Unterstützung bei Unterhaltsproblemen an. Die Mütter können auf diese Weise von den ihnen durch die Neuordnung des Kindschaftsrechtes zugestandenen Rechten Gebrauch machen, ohne durch die oft mühevollere Einhebung von Alimentationszahlungen belastet zu werden. Die Zahl der Amtsvormundschaften ging auch von 6.174 auf 4.725 zurück. Die Zahl der Sachwalterschaften und Kuratelen stieg dagegen um über 10 Prozent auf 16.780 an.

Für die Leiter der Wiener Bezirksjugendämter wurden bei einer Fortbildungsveranstaltung unter anderem Probleme der Teamarbeit aufgearbeitet, aber auch Fragen der Rechtsprechung im Bereich des Jugendgerichtshofes Wien behandelt. Im Hinblick auf gerichtliche Verfahrensänderungen bei der Bestreitung der Vaterschaft zu einem ehelichen Kind, bei der die Bezirksjugendämter ab 1980 die Vertretung der Minderjährigen überneh-

men werden, absolvierten die Bediensteten der Rechtsfürsorge ein Seminar über wissenschaftliche Methoden zur Vaterschaftsfeststellung.

Am 23. Jänner 1979 veranstaltete das Jugendamt der Stadt Wien eine Enquete über „Forderungen an ein neues Jugendwohlfahrtsrecht“. Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen, die im Rahmen der Jugendwohlfahrt tätig sind, referierten über Vorschläge und Anregungen zu diesem Rechtsbereich. An der Enquete nahmen auch Vertreter des Justiz- und Sozialministeriums teil. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Stadt Wien auf eine wertvolle Tradition in der Jugendwohlfahrt verweisen kann und bereits Modelle und Einrichtungen, wie etwa Elternschulen, Intensivbetreuung und Gruppenarbeit, Institute für Erziehungshilfe, für Sozialtherapie und für Familientherapie, geschaffen hat, die über den Rahmen des bestehenden Jugendwohlfahrtsgesetzes hinausgehen. So wurden bereits Erfahrungen mit Modelleinrichtungen gemacht, die die Familien bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen. Dieser Aspekt — dies war eine entscheidende Aussage dieser Enquete — sollte auch bei der Neuordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes Priorität haben, damit behördliche Maßnahmen weiter zurückgedrängt und durch Vorbeugung, Förderung und Hilfe ersetzt werden können.

Im Bereich Sozialarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien verzeichneten die Wiener Elternschulen steigende Besucherzahlen. Der Besuch an den Kursabenden ist im Kursjahr 1978/79 im Durchschnitt von 12 auf 18 Eltern, also um 50 Prozent, gestiegen. „Rooming in“ und die Anwesenheit von Vätern bei der Geburt haben die Nachfrage nach Vorbildung werdender Eltern stark erhöht. In den Entbindungsabteilungen des Krankenhauses Lainz und des Wilhelminenspitals wird der Besuch der Elternschulen bindend verlangt, wenn Eltern „Rooming in“ beziehungsweise die Anwesenheit des Vaters bei der Geburt wünschen. Zwei neue Elternschulen wurden 1979 im 14. und 21. Bezirk eingerichtet, so daß zum Jahresende 18 Elternschulen ihr Nonstop-Kursprogramm für werdende Eltern anbieten. Der Anteil der Väter, die an den Kursen teilnahmen, betrug 15 Prozent.

Sozialarbeiterinnen des Jugendamtes der Stadt Wien halten Kontakt zu den Entbindungsabteilungen der Wiener Spitäler. Ärzte und Schwestern ziehen sie zu Rate, wenn Patienten soziale Probleme haben. Die Sozialarbeiterinnen wirkten auch bei den Wöchnerinnenkursen an den Entbindungsabteilungen mit, gaben 7.398 Säuglingsausstattungen und 3.918 Ausstattungen für Kleinkinder aus. Insgesamt wurden in Wiener Spitälern 1979 15.684 Kinder geboren, davon waren 1.495 unehelich. 66 Kinder wurden von ihren Müttern nicht in Pflege genommen, so daß die Sozialarbeiterinnen für eine entsprechende Unterbringung sorgen mußten.

Zu den Wiener Kinderspitälern hielten Sozialarbeiterinnen gleichfalls Kontakt. Sie haben insgesamt 2.501 Kinder, davon 1.275 Frühgeburten betreut, von denen 29 Kinder wegen familiärer Probleme nicht nach Hause entlassen werden konnten. Wegen erzieherischer Schwierigkeiten, die beim Aufenthalt im Krankenhaus offenbar wurden, schalteten sich die Sozialarbeiterinnen 948mal ein. Weiters betreuten sie 51 Kinder, die nach einem Unfall oder Selbstmordversuch in Spitalsbehandlung waren.

32 Prozent der im Jahre 1979 geborenen Kinder wurden in einer der 59 Mutterberatungsstellen vorgestellt. Insgesamt waren es 78.743 Kinder, die 1979 untersucht, geimpft beziehungsweise deren Mütter oder Väter beraten wurden. Seit Oktober 1979 arbeitet in einzelnen Mutterberatungsstellen eine ausgebildete Kinderpflegerin, die auch Hausbesuche durchführt, um Mütter intensiv über Kinderpflege zu beraten. Als Beitrag zur prophylaktischen Sozialarbeit führten Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter 3.632 Besuche bei Familien kurz nach der Geburt des ersten Kindes durch. 5.344 Elternfibeln über das erste Lebensjahr und 4.445 über das zweite und dritte Lebensjahr wurden ausgegeben.

Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern betreuten 14.299 Kinder und Jugendliche beziehungsweise deren Familien. Weiters hatten sie 5.020 Gerichtsakten zu bearbeiten, wovon 3.378 Stellungnahmen die Erziehungssituation nach Scheidungen betrafen. 17.677 Anträge auf Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz wurden an die Sozialreferate gestellt, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 31,2 Prozent bedeutet.

Die Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter meldeten im Jahre 1979 57 Kindesmißhandlungen, wovon 3 als schwere und 26 als mittelschwere Mißhandlungen beurteilt wurden. 20 Kinder mußten wegen ihrer Gefährdung aus der Familie herausgenommen werden; bei 16 Kindern stimmten die Eltern dieser Maßnahme zu. 4 Kinder davon kamen in die Kinderpsychologische Station, bei einem Kind mußte eine Spitalsunterbringung veranlaßt werden, und bei 2 Kindern kam es zu einem Pflegewechsel innerhalb der weiteren Familie. 22 Familien wurden nach der Mißhandlung von Sozialarbeitern weiter betreut, 9 Familien erhielten Hilfe in der Erziehungsberatung unter Mitwirkung eines Kinderpsychologen. Aus der Statistik der in den letzten zehn Jahren gemeldeten Kindesmißhandlungen ist keine Zunahme der Fälle zu entnehmen. Sicherlich muß mit einer gewissen Dunkelziffer gerechnet werden, doch ist anzunehmen, daß der größte Teil der schweren und mittelschweren Mißhandlungen den Bezirksjugendämtern bekannt wird. Die in den letzten zehn Jahren gemeldeten schweren und mittelschweren Kindesmißhandlungen bewegen sich zwischen 24 und 53 pro Jahr, wobei in den letzten Jahren eher niedrige Zahlen (1978: 33, 1979: 29) zu verzeichnen waren. Die Zahl der Kinder, die von den Bezirksjugendämtern nach Mißhandlungen aus der Familie entfernt wurden, hat um über 50 Prozent abgenommen (1969: 42, 1979: 20). In diesen Zahlen drückt sich auch der Wandel in der methodischen Kon-

zeption aus, wonach Hilfen für die Familie zur Bewältigung von Spannungssituationen den Vorrang haben vor behördlichen Maßnahmen mit repressivem Charakter.

Im Bezirksjugendamt für den 11. Bezirk werden seit Jänner 1979 Elternrunden mit einem Programm, das sich über neun Abende erstreckt, geführt. Bei diesen Zusammenkünften werden jeweils bestimmte Erziehungsfragen angesprochen und den Eltern auch konkrete Unterlagen zur Verfügung gestellt, die als Diskussionsgrundlage dienen und eine lebhaftere Beteiligung der Anwesenden bewirken. Eine Sozialarbeiterin, die während eines Studienaufenthaltes in Amerika eine Einführung in die Familientherapie erhielt, lädt darüber hinaus Eltern und Kinder zu Familiengesprächen ein. Seit Juni 1979 wird — wie es bereits im Bezirksjugendamt für den 16. Bezirk geschieht — im Bezirksjugendamt für den 20. Bezirk eine neue Arbeitsorganisation, der „Großsprenge!“ erprobt, die durch intensive Teamarbeit von sechs Sozialarbeitern die Hilfestellungen für Klienten zu verbessern sucht. Gleichzeitig wurde auch das Serviceangebot durch eine Abendsprechstunde erweitert. In der Wohnhausanlage in 21, Mitterhofergasse 2, ist im April 1979 neben Kinderspielplätzen und Kindergärten auch ein Familienberatungszentrum des Jugendamtes eingerichtet worden. Diese Serviceeinrichtung stellt die modernste Form der Beratungshilfen für Familien dar. In Wohnnähe sind wichtige Beratungs- und Hilfsdienste, wie Mutterberatung, Elternschule, Außenstelle des Bezirksjugendamtes sowie Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle, zu einem Zentrum vereinigt. Acht Sozialarbeiter und fallweise eine Psychologin stehen im Zentrum zur Verfügung, und zwar für die Bevölkerung von Großjedlersdorf, der Nordrandsiedlung, Stammersdorf und Strebersdorf. Da viele Familien aus alten Substandardwohnungen in moderne, große Wohnungen in dieses Gebiet zuzogen, standen oft Umstellungs- und Eingewöhnungsprobleme im Vordergrund. Die Sozialarbeiter des Zentrums helfen mit Ratschlägen bei Erziehungs- und Familienproblemen und ebnen Wege zu finanziellen Unterstützungen. Im ersten halben Jahr seines Bestehens kamen bereits über 3.000 Personen in die Sprechstunden der Sozialarbeiter. Ein besonderer Erfolg konnte in Zusammenarbeit mit dem Verbindungsdienst des Jugendamtes der Stadt Wien zum Wohnungsamt erzielt werden: Bis auf einen Fall konnte allen von Delogierungen bedrohten Familien so geholfen werden, daß sie die Wohnungen behalten haben. Dazu trugen auch die vorbeugenden Hilfen, wie unter anderem Hilfestellungen bei Ansuchen um Wohn- und Mietbeihilfen, bei Beschaffung und Transport von Möbeln, bei. Es zeigte sich, daß die Einrichtung des Familienberatungszentrums durch das Jugendamt der Stadt Wien in der Wohnhausanlage Mitterhofergasse als voller Erfolg anzusehen ist und daß das breitgefächerte Angebot von der Bevölkerung gern in Anspruch genommen wird.

Im Bereich der Großsiedlung wird von zwei Sozialarbeitern seit Herbst 1979 eine Gruppe für Schüler des Polytechnischen Lehrganges sowie für Schulentlassene geführt, um diesen Jugendlichen eine Hilfe für den Berufsstart anbieten zu können. Diese Einrichtung hat sich deshalb als erforderlich erwiesen, da in diesem Neubaugebiet nunmehr Probleme der Jugendlichen — diese sind meist als Kleinstkinder mit ihren Eltern hierher übersiedelt — im Vordergrund stehen. Sozialarbeiter des Bezirksjugendamtes für den 22. Bezirk zeigten großen persönlichen Einsatz bei der Werbung um neue Pflegestellen. Pflegemütter wirkten mit, indem sie in Mutterberatungsstellen mit Müttern sprachen.

Der Verbindungsdienst zum Wohnungsamt erfuhr 1979 eine Ausweitung, da nunmehr ein Sozialarbeiter voll dafür eingesetzt wird. Gerade in Neusiedlungsgebieten stellen die Wohnnebenkosten und somit auch die Heizkosten für viele Familien ein großes Problem dar.

So wurden mit der Heizbetriebe Wien-GmbH Kontakte aufgenommen und in intensiven Gesprächen Möglichkeiten ausgearbeitet, wie den betroffenen Familien in wirksamer Form rechtzeitig Hilfen angeboten werden können. Über die Bezirksjugendämter wurden 65 Anträge auf Gewährung oder Verlängerung der Wohnbeihilfe beziehungsweise an die Wohnhäuserverwaltung gestellt, um zu verhindern, daß sozial betreute Familien sich größere Schuldenprobleme auflasten. In der einmal monatlich in der Magistratsabteilung 52 stattfindenden Besprechung über Delogierungen wurden 1979 insgesamt 516 Fälle (Familien mit Kindern) behandelt, bei denen eine Delogierung drohte. Im Interesse der Familie versuchte der Wohnungsamt-Verbindungsdienst in Zusammenarbeit mit den Bezirksjugendämtern Delogierungen durch entsprechende Hilfen zu vermeiden.

Eine Sozialarbeiterin hält die Verbindung zum Jugendgerichtshof aufrecht. Sie informiert die Bezirksjugendämter über laufende Verfahren, leitet Vorschläge und Anträge weiter, stellt Kontakte zu verschiedenen sozialen Institutionen her und kümmert sich um die Versorgung von Heimzöglingen bei Enthaftungen. Weiters führt sie Aussprachen mit Eltern und Jugendlichen, besorgt Sprecherlaubnisse für Sozialarbeiter bei inhaftierten Jugendlichen und interveniert in Zusammenarbeit mit den Bezirksjugendämtern bei verschiedenen Pflegschafts- und Strafverfahren.

Die vier Sozialarbeiter der Jugendberufshilfe hielten zu den Wiener Berufsschulen, das heißt mit etwa 33.000 Schülern, Kontakt. Sie führten mit 950 Lehrlingen beratende Gespräche. Rund 100 Jugendliche betreuten sie intensiv, indem sie ihnen durch oftmalige Kontakte halfen, ihre Probleme zu bewältigen. Als die wesentlichsten auftretenden Schwierigkeiten sind familiäre Probleme, Konfliktsituationen in der Berufsschule und am Arbeitsplatz sowie die Suche nach geeigneten Lehrstellen zu nennen. Seit Beginn des Schuljahres 1979/80 bieten die Sozialarbeiter der Jugendberufshilfe den Berufsschülern auch Abendberatung, und

zwar jeweils Montag und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr in der Zentralberufsschule in 12, Längenfeldgasse 13—15, an.

Im Jahre 1979 kamen 1.033 Kinder und Jugendliche für kurze oder längere Zeit über die Bezirksjugendämter und die Kinderübernahmestelle in Heime oder auf Pfl e g e s t e l l e n. Mehr als die Hälfte der Unterbringungen, 521 Fälle, hatten einen Erziehungsnotstand als Ursache. Krankheit der Pflegeperson stellte mit 145 Fällen die zweithäufigste Ursache dar. Bei 110 Kindern waren Wohnungsprobleme für die Übernahme in Gemeindepflege ausschlaggebend, und zwar unzulängliche Wohnungsverhältnisse in 106 und Delogierungen in 4 Fällen. Gesundheitliche Gefährdung war 43mal der Grund, sittliche Gefährdung 14mal. Ein körperliches oder geistiges Gebrechen lag 37mal vor, Freigabe zur Adoption 28mal, Haft der Pflegeperson 24mal. Beendet wurde die Gemeindepflege bei 1.112 Kindern und Jugendlichen, weil der Einweisungsgrund weggefallen war oder sich die familiäre Situation gebessert hatte. 281mal wurden Maßnahmen der freiwilligen Erziehungshilfe auf Drängen der Angehörigen beendet. 167 Jugendliche erreichten die Fähigkeit zur Selbsterhaltung. 2.265 Kinder befanden sich zum Jahresende 1979 als Pflegekinder in Gemeindepflege, und zwar 1.503 in den Bundesländern und 762 in Wien. Von den 762 Wiener Pflegekindern lebten 417 Kinder bei Verwandten (Verwandtenpflege) und 345 bei nicht verwandten Familien (Fremdpflege). Von den 345 Kindern in Fremdpflege lebten 76 in Großpflegefamilien. Von den 129 im Jahre 1979 in fremde Pflege vermittelten Kindern wurden 65 in Wien untergebracht (1978: 41 Kinder). 37 Kinder wurden in Niederösterreich plaziert. Insgesamt waren es 102 Kinder, deren Unterbringung in Wien oder im Nahbereich Wiens erfolgte, um den leiblichen Eltern die Kontakte zu den Kindern zu ermöglichen. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden 1979 nur 27 Kinder in die entfernteren Bundesländer vermittelt. Diese Entwicklung strebten die Sozialarbeiter der Kinderübernahmestelle bewußt an. Insgesamt hat sich die Zahl der Pflegekinder im Jahre 1979 um 33 vermehrt. Für 8 Pflegemütter in Wien und für 18 in den Bundesländern wurden Ruhegelder gewährt.

Das multiprofessionelle Pflegestellenteam, das aus Psychiater, Psychologen, Kinderarzt und Sozialarbeiter besteht, hat 1979 15 Teamsitzungen abgehalten. Neben Ausarbeitung von Grundlagen für Veränderungen in der Pflegekinderarbeit, wie Verlagerung der Vermittlungen aus ländlichen in städtische Bereiche, Schaffung neuer Vermittlungsmethoden, Richtlinien für den Aufbau von sozialtherapeutischen Pflegestellen usw., stand das Team in 8 Fällen auch den Jugendämtern zur Verfügung. In der Kinderübernahmestelle wurden 9 Elternrunden für Pflegeeltern von Großfamilien abgehalten. 3 Gruppen für Pflegeeltern wurden in Außenbezirken Wiens eingerichtet. In Wien konnte eine Pflegestelle gegründet werden, die sich auch als „passagere Pflegefamilie“ eignet, also bereit ist, Kinder für nur kurze Dauer aufzunehmen.

Erstmals versandte das Jugendamt der Stadt Wien an alle Pflegefamilien, die Wiener Kinder aufgenommen haben, „Pflegeelternbriefe“, die Informationen enthalten und auch als Forum für den Erfahrungsaustausch dienen. Die bisher erschienenen drei Briefe wurden sehr gut aufgenommen, was sich darin zeigte, daß viele Briefe und Beiträge an den „Pflegeelternbrief“ gesandt wurden.

Das Interesse an Adoptivkindern hält an. Bei der A d o p t i o n s s t e l l e meldeten sich 253 Bewerber, so daß Ende 1979 476 Ehepaare (1978: 390) in Vormerkung standen. Von diesen stammen 277 aus Wien, 159 aus den Bundesländern, 40 sind Auslandsösterreicher oder Ausländer. Demgegenüber wurden nur 106 Kinder; 50 Knaben und 56 Mädchen, zur Adoption freigegeben. Bei einem Viertel dieser Kinder haben die Mütter bereits vor der Geburt Kontakt mit der Adoptionsstelle aufgenommen und den Freigabewunsch geäußert. Bei mehr als einem Drittel bestanden Probleme rechtlicher oder medizinischer Natur. 75 Kinder, 38 Knaben und 37 Mädchen, konnten vermittelt werden. Dabei handelte es sich um 55 Säuglinge: 42 Kinder waren zum Zeitpunkt der Vermittlung im Alter von 0 bis unter 3 Monaten, 10 zwischen 3 und 6 Monaten, 3 zwischen 6 und 12 Monaten, 16 waren Kleinkinder und 4 Schulkinder. Die durchschnittliche Vermittlungsdauer betrug ab Anfall in der Adoptionsstelle bis zur Übernahme durch die Adoptiveltern einschließlich Anbahnung, Verzögerungen durch medizinische Untersuchungen oder Behandlungen etwa zwei Monate. Unter Beibehaltung des Zieles einer sorgfältigen und optimalen Vermittlung wurde getrachtet, Heimaufenthalte kurz zu halten oder überhaupt zu vermeiden. 12 der Säuglinge konnten erstmals von der Geburtsklinik oder von Kinderspitälern direkt an Adoptiveltern vermittelt werden.

Zur Vorbeugung von Heimaufhalten nehmen die Intensivbetreuungen und die soziale Gruppenarbeit einen wichtigen Rang ein. In der seit 1975 bestehenden Intensivbetreuungsstelle im 5. Bezirk werden Fälle betreut, die von verschiedenen Bezirksjugendämtern zugewiesen werden. Es zeigt sich ein großes Spektrum an Problemen, die durch die Betreuung verringert werden sollen: Beginnend bei Schwierigkeiten mit der Schulleistung und aggressivem Fehlverhalten reicht die Palette über Strabanz und kriminelle Delikte bis zu psychosomatischen Symptomen, Selbsterstörungstendenzen und negativer oder ungenügender Identifikation. Die Intensivbetreuungsstelle in der Per Albin Hansson-Siedlung führte 15 Fälle. Die betreuten Kinder kommen vor allem aus der Per Albin Hansson-Siedlung, kennen sich auch untereinander, so daß gemeinsame Aktivitäten in der Gruppe unternommen wurden. Die Intensivbetreuungsstelle in Floridsdorf besteht seit September 1978. Die Räumlichkeiten einer ehemaligen Mutterberatungsstelle wurden für diesen Zweck adaptiert und bieten eine wohnliche Atmosphäre, in der sich die betreuten Kinder und Jugendlichen wohl fühlen. In fast allen

Fällen bedürfen die verwahrlosten und neurotischen Klienten einer Stützung im familiären, schulischen oder beruflichen Bereich. Für die Jugendlichen konnten bisher immer wieder Arbeitsstellen gefunden werden, obwohl über das Arbeitsamt kaum eine Chance besteht, einen jugendlichen Hilfsarbeiter zu vermitteln. Die Betreuung erfolgt flexibel in Einzelkontakten oder, wo es günstig erscheint, auch in Kleingruppen wie zum Beispiel bei Kontaktgestörten. 77 Jugendlichen wurden Hilfe und Stützung im Rahmen der nebenamtlichen Intensivbetreuung zuteil, die in Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt der Stadt Wien und dem Wiener Landesverband der Österreichischen Gesellschaft „Rettet das Kind“ durchgeführt wird. 26 Sozialarbeiter und 16 Erzieher trafen sich regelmäßig mit den Jugendlichen, und zwar neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit im Rahmen des Jugendamtes der Stadt Wien.

In 29 Gruppen wurde in 12 Bezirken die Methode der „sozialen Gruppenarbeit“ angewandt. Von 40 Sozialarbeitern, die in einigen Gruppen mit Erziehern, Kinderpflegerinnen, Lehrern oder Psychologen zusammenarbeiteten, wurden 10 Gruppen für Schulkinder, 3 für Jugendliche, 7 für Eltern beziehungsweise Pflegeeltern geführt; in 4 Elternschulen haben sie auch Gruppengespräche abgehalten. Die Erweiterung gegenüber 1978 betrifft vor allem die Arbeit mit Eltern beziehungsweise Pflegeeltern. Junge Familien und Pflegeeltern haben steigendes Interesse an Aussprachen mit Personen, die sich in ähnlicher Lage befinden.

Das Jugendamt der Stadt Wien hat in Zusammenarbeit mit dem Wiener Landesverband der Österreichischen Gesellschaft „Rettet das Kind“ ein Projekt initiiert, in dessen Rahmen acht junge Sozialarbeiter die Methode des „Streetworks“ erproben. Das Projekt begann mit September 1979; die Probephase ist mit zehn Monaten bestimmt. Im Vordergrund des Projektes steht die Arbeit mit Jugendlichen am Rande der Kriminalität sowie mit Jugendlichen mit Alkohol- und Drogenproblematik. Die Arbeitsweise der Streetworker besteht im Aufsuchen, Kennenlernen und Hilfe-Anbieten dort, wo sich die Jugendlichen aufhalten, auf Plätzen, Straßen oder Lokalen. Diese Arbeit ist nur möglich, wenn dem Sozialarbeiter ein Vertrauensvorschuß entgegengebracht wird. Deshalb besteht für die Streetworker der Grundsatz: Keine Weitergabe von persönlichen Daten, Anonymität. Aus dem Kontakt mit den Streetworkern dürfen sich keine Zwangsmaßnahmen ergeben.

Zwei Stadtteile wurden für das Projekt ausgewählt: der 6. und 7. Bezirk mit einem Ladenlokal in 7, Burggasse, sowie der 2. Bezirk mit einem Stützpunkt in 2, Max Winter-Platz, in Praternähe, in dem Jugendlichen im Notfall auch ein Schlafplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

In der ersten Phase des Projekts lag der Schwerpunkt darauf, Informationen über die „sozialen Brennpunkte“ beziehungsweise Probleme im betreuten Gebiet zu sammeln. Dazu wurden einschlägige Lokale aufgesucht und auch zu verschiedenen Einrichtungen wie Jugendzentren, Jugendclubs, Bezirksjugendämtern und Polizeidienststellen Kontakte aufgenommen, um die dort gemachten Erfahrungen mit Problemgruppen oder -zentren kennenzulernen. Schon bei den ersten intensiveren Kontakten mit Jugendlichen wurden die Streetworker mit vielen Problemen konfrontiert, wie zum Beispiel mit Wohn- oder Arbeitsfragen. Es zeigte sich, daß die Jugendlichen oft nicht in der Lage sind, auf Hilfsangebote sofort einzugehen, so daß es dann längerer Betreuungsarbeit bedarf. Die Streetworker im 6. und 7. Bezirk, die sich vor allem mit Drogenproblemen befassen, haben ihre Kenntnisse in Drogenfragen durch Praktika in Behandlungseinrichtungen vertieft. Sie haben auch einen ehemaligen Drogenabhängigen, der die Szene sehr gut kennt, als zeitweisen Mitarbeiter gewonnen. Mit seiner Hilfe konnten drogenabhängige Jugendliche zum Besuch der Drogenberatungsstelle „Change“ motiviert werden.

Ein Angebot sozialer Dienste steht zur Verfügung, um Familien zu beraten und ihnen in Konflikt- und Krisensituationen Hilfen zu gewähren.

Die Ehe- und Familienberatungsstellen der Gemeinde Wien offerieren kostenlose und vertrauliche Beratung bei Partnerschafts-, Ehe- und Familienproblemen. Als Berater stehen Sozialarbeiter, Juristen, Psychologen und Psychiater zur Verfügung, für die Beratung in Familienplanungsfragen überdies auch Gynäkologen. Die Berater der Ehe- und Familienberatungsstellen im 1. und 12. Bezirk führten insgesamt 1.855 Beratungsgespräche. Zur Beratung kamen 294 Männer, 1.013 Frauen und 283 Ehepaare. Fast 1.000 Anrufe verzeichnete der Telephondienst der Ehe- und Familienberatung (63 89 96), über den Anmeldungen möglich sind und auch Auskünfte erteilt werden. Bei den Problemen, die an die Ehe- und Familienberatung herangetragen werden, überwiegen Partnerschaftsprobleme zwischen Ehegatten, worauf 671mal in Beratungen eingegangen wurde und Ehescheidungsprobleme (524mal). Es folgen unter anderem Alimentsprobleme (318), Rechtsprobleme allgemeiner Art (261), Familienrechtsfragen (165), Lebensschwierigkeiten (151), Sexualprobleme (124).

Die Beratungsstellen für Familienplanung verzeichneten 1979 insgesamt 12.524 Beratungen, wobei 7.920 von Gynäkologen und 4.604 von Sozialarbeitern durchgeführt wurden. Beraten ließen sich in der großen Mehrzahl Frauen (8.017), außerdem Ehepaare (189), Familien (90) und Männer (64). Die Statistik über die Beratungsinhalte zeigt, daß das Problem der Familienplanung allgemein vor der Beratung über Schwangerschaftsabbrüche, Empfängnisregelung und Partnerschaftsproblemen zwischen Ehegatten rangiert.

Das Institut für Ehe- und Familientherapie führte 107 Therapien durch, zwei Drittel davon betrafen Paare und ein Drittel Familien. 142 Anmeldungen wurden entgegengenommen. Ferner führte das Institut seine Forschungstätigkeit weiter und übernahm verschiedene Fortbildungsaufgaben, vor allem für Sozialarbeiter der Wiener Bezirksjugendämter.

In den vier Wiener Instituten für Erziehungshilfe wurden 513 Kinder, 362 Knaben und 151 Mädchen untersucht, wobei die Altersgruppe der 7- bis 14jährigen überwog. Der hohe Bekanntheitsgrad beziehungsweise die gute Weiterempfehlung zeigt sich im hohen Grad der Anmeldungen auf Grund von Eigeninitiative (255). An der Spitze der Schwierigkeiten, die zur Anmeldung führten, liegen neurotische Symptome wie Bettnässen, Einkoten, Schlafstörungen, Eißchwierigkeiten und Erbrechen, gefolgt von Lernschwierigkeiten (87), disziplinären Schwierigkeiten in der Schule (65) und zu Hause (56). 190 Kinder standen 1979 in Therapie, 166 sind für Therapien vorgemerkt. 89 Kinder besuchten den Legasthenikerkurs, 27 wurden logopädisch behandelt. Mit den Eltern, deren Kinder in therapeutischer Behandlung stehen, wird regelmäßig einmal in der Woche gesprochen. 29 Eltern wurden überdies betreut, ohne daß das Kind behandelt wurde; 3 Elterngruppen und 2 Müttergruppen wurden außerdem geführt.

Das Wiener Kindertelephon — 63 53 64 — verzeichnete 5.500 Anrufe, davon kamen 16 Prozent von Erwachsenen. Der größte Teil der Anrufer waren also Kinder. Sie riefen an, wenn sie ausgefallene Fragen hatten, wenn es Probleme in der Familie oder in der Schule gab, manchmal auch, weil gerade kein anderer Gesprächspartner vorhanden war. Es scheint sich mittlerweile unter Wiens Kindern herumgesprochen zu haben, daß man beim Kindertelephon auch Antwort auf jene „heiklen“ Fragen bekommt, die sonst überall unbeantwortet bleiben. So sehen sich die Kindertelefontanten und -onkeln mit Fragen konfrontiert wie „Von wem stammt der Mensch nun ab, von Gott oder von den Affen?“, „Wo wohnt Donald Duck?“ und „Was ist Sex?“.

Aber auch mit praktischen Problemen kommen die Kinder: Ob es sich nun um ein passendes Geburtstagsgeschenk für ein Familienmitglied, die Anleitung für die Zubereitung einer Tasse Tee oder um die Frage nach dem Verdienst eines Bundesministers handelt. Vereinzelt rufen auch Kinder an, die sich in ernststen Notlagen befinden und dann bei einem Gespräch mit dem Kindertelephon einen Ausweg suchen.

Die 24 Mitarbeiter des Psychologischen Dienstes haben sich 1979 mit 5.265 Kindern und Jugendlichen befaßt, wobei sie insgesamt 27.834 Beratungen, Besprechungen oder Tests durchführten. Die Psychologen waren dabei in verschiedenen Einrichtungen des Jugendamtes tätig. Immer öfter bieten die Psychologen nicht nur einmalige Beratungen, sondern auch intensivere psychologische Betreuungen über längere Zeit an. Bei der psychologischen Beratungstätigkeit in den Bezirksjugendämtern nahmen jene Fälle zu, in denen zu Fragen des Sorge- beziehungsweise Besuchsrechtes Stellung zu nehmen ist. Diese haben sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht, so daß sie derzeit bereits 14,2 Prozent aller Fragestellungen ausmachen. Wegen der Vielschichtigkeit der Problematik sind diese Fälle besonders zeitintensiv. Bemerkenswert ist weiters, daß der Anteil der Kinder, die wegen Mißhandlung durch die Angehörigen in der Erziehungsberatung vorgestellt wurden, im Jahre 1979 auf 2 Prozent gestiegen ist, sich also verdoppelt hat; jahrelang machten diese Fälle 1 Prozent aus.

Die „Telephonische Erziehungsauskunft“, das Telefonservice des Psychologischen Dienstes, verzeichnete 590 Anrufe.

Der Aktualität des Problemkreises Sorgerecht für die praktische Arbeit entsprechend, wurde das Thema „Kind und Scheidung“ auf der 26. Arbeitstagung der österreichischen Jugendamtspsychologen behandelt, die in der Zeit vom 12. bis 14. November 1979 im Wiener Rathaus stattfand. Das Hauptreferat hielt die Münchner Kinder- und Familientherapeutin Frau *Volkenborn-Clausen*. Aus ihrer reichen Erfahrung zeigte sie die psychologischen Belastungen auf, denen ein Kind durch die Trennung der Eltern ausgesetzt ist, deren Auswirkungen aber, dem jeweiligen Entwicklungsstand des Kindes entsprechend, unterschiedlich sind. Bei dieser Tagung würde auch des 60jährigen Bestehens des „Psychologischen Dienstes“ gedacht, der aus den bereits im Jahre 1919 in einigen Bezirksjugendämtern eingerichteten Erziehungsberatungsstellen hervorgegangen ist.

In der Kinderpsychologischen Station, in der 139 Kinder vorübergehend zur psychologischen Untersuchung untergebracht waren, erhöhte sich die Zahl der intensiv betreuten Kinder, die über die vorgesehene Beobachtungszeit hinaus im Julius Tandler-Heim blieben, um den Ergebnissen der psychologischen Tests entsprechend gefördert zu werden. Auf diese Art konnten bei einzelnen Kindern länger dauernde Heimaufenthalte vermieden werden.

Die Legasthenikerintensivkurse wurden wieder rege in Anspruch genommen. Nahezu bei allen Kindern, die einen Kurs besuchten, ergab sich eine wesentliche Verbesserung der Leistungen in Deutsch. Im Schuljahr 1978/79 wurden 14 Kurse geführt, ebenso im Schuljahr 1979/80, in dem auch im Heim „Stadt des Kindes“ und im Zentralkinderheim derartige Kurse gehalten werden.

In den Heimen der Stadt Wien für Kinder und Jugendliche waren Ende 1979 1.665 Plätze systemisiert, von denen 1.438 tatsächlich belegt waren. Durch Neusystemisierung wurde die Zahl der Plätze verringert; dadurch konnten die pädagogischen Voraussetzungen in den Heimen weiter verbessert werden. So wurden etwa im Heim Biedermannsdorf vier Gruppen für je acht Kinder geschaffen, um diese Kinder besonders intensiv fördern zu können. Die übrigen Gruppen im Heim Biedermannsdorf wurden von 14 auf 12 Plätze verkleinert. Auch im Dr. Adolf Lorenz-Heim und in den Heimen Pötzleinsdorf, Hohe Warte und Klosterneuburg konnten 1979 Verbesserungen veranlaßt werden. Ebenso trugen zahlreiche Umbauten und Renovierungen in den Heimen dazu bei, für Kinder und Erzieher eine angenehme Atmosphäre zu schaffen.

Die Koedukation in den Heimen wird weiter ausgebaut. So befanden sich ab Herbst 1979 in den beiden Familiengruppen des Heimes Hohe Warte bereits 11 Mädchen. Gleich viel Mädchen wurden ab diesem Zeitpunkt im Heim Biedermannsdorf in nunmehr schon vier koedukativ geführten Gruppen betreut.

Neben den allgemeinen therapeutischen Angeboten im Erziehungsbereich durch das Therapiekinderheim Im Werd (24 Plätze) und die Therapiestation des Julius Tandler-Heimes (16 Plätze) sehen auch die anderen Heime eine Reihe von Therapieangeboten vor. So erhielten 1979 123 Kinder Sprachtherapie, die bei 36 von ihnen zu einer vollständigen Heilung der Sprachstörung führte. Im Dr. Adolf Lorenz-Heim wandten die dort tätigen „Assistentinnen für physikalische Medizin“ verschiedene heilgymnastische und elektrotherapeutische Methoden an, um die dort untergebrachten behinderten Kinder zu behandeln. Auch eine Ergotherapeutin stand dem Heim zur Verfügung. Im Zentralkinderheim führten Heilgymnastinnen zahlreiche Behandlungen durch, teilweise auch in Form der Gruppentherapie. Im Therapiekinderheim Im Werd luden die Erzieher Nachbarn und Anrainer ein, um den Kontakt mit ihnen zu vertiefen und Probleme zu besprechen. Weiters veranstaltete das Heim Eltern- und Lehrernachmittage. Der besseren Zusammenarbeit mit den Schulen diente auch ein Treffen mit den Direktoren der Schulen, die die Kinder des Heimes besuchten. Auch in der Therapiestation des Julius Tandler-Heimes stand die enge Zusammenarbeit mit den Schulen im Vordergrund. Auf diese Weise gelang es, allen betreuten Kindern trotz ihrer Schwierigkeiten den Besuch öffentlicher Schulen zu ermöglichen. Besonderen Wert legte die Therapiestation auch auf Freizeitangebote, die die Therapieziele unterstützen. Die Erzieher verbrachten mit den Kindern in kleinen Gruppen (Familiengröße) Ferien am Mittelmeer in Griechenland und Italien.

Im Jahre 1979 beendeten 81 Lehrlinge und 4 AHS-Schüler aus städtischen Heimen ihre Ausbildung. In allen Heimen wurde versucht, gute Kontakte mit Ausbildungsstätten und Schulen zu pflegen. Auch in Heimen, denen eine eigene Heimschule zur Verfügung steht, wird Wert darauf gelegt, daß die Kinder möglichst eine öffentliche Schule besuchen können. In den Heimen haben die Kinder auch Gelegenheit, an verschiedenen Kursen sowie am Musikunterricht teilzunehmen oder in Theatergruppen mitzuspielen. So gab es etwa Fremdsprachen- und Keramikurse. Bei Musikinstrumenten sind Flöte, Gitarre, Akkordeon und das ORFF-Instrumentarium besonders beliebt. Für Kinder, die — sei es auch nur für vorübergehende Zeit — in einem Heim leben, spielen die sogenannten „Lebenspraktischen Übungen“ eine große Rolle. So veranstalteten Heime mit Schulmündigen Exkursionen in verschiedene Lehrbetriebe, um sie für den Eintritt in die Arbeitswelt vorzubereiten. Kochkurse wurden abgehalten, insbesondere auch für Burschen. Damit Kinder und Lehrlinge mit Geld umgehen lernen, wird immer mehr Wert darauf gelegt, daß sie ihre Kleidung und persönlichen Bedarfsgegenstände selbst auswählen und einkaufen können. Dazu wurden 1979 eigene Geldmittel bereitgestellt; außerdem wurde das Taschengeld erhöht. Kinder und Jugendliche einzelner Heime sind oft Mitglied verschiedener Vereine, was ihnen ebenfalls Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Realität außerhalb der Heime ermöglicht. Zahlreiche Feste und Feiern bieten auch Anlaß, die Bevölkerung der Umgebung in die Heime einzuladen. Die einzelnen Heime laden sich auch gegenseitig ein und organisieren, wie etwa die Heime Biedermannsdorf und Klosterneuburg, einen gemeinsamen Tanzkurs. Sportwettkämpfe und -meisterschaften bilden weitere Höhepunkte des Heimlebens. Speziell zum Jahr des Kindes veranstalteten die Heime mehrere „Theaterfestivals“, bei denen selbststudierte Stücke zur Vorführung kamen. Weiterhin sind die Heime bemüht, die Kontakte mit den Eltern auszubauen und sie zu Gruppenabenden und Heimveranstaltungen einzuladen. So fand im Zentralkinderheim eine eigene Theateraufführung für Eltern statt, die sehr viel Anklang fand. Das Heim Döbling organisierte eine gemeinsame Busfahrt von Kindern, Eltern und Erziehern zum Naturschutzpark Hohe Wand. Verschiedene Aktivitäten dienen dazu, der Öffentlichkeit einen Einblick in die neuen Formen der Heimerziehung zu geben. So fanden zahlreiche Besuche und Besichtigungen in Heimen statt, von denen ein Besuch der Richter des Jugendgerichtshofes im Kinderheim Hohe Warte besonders erwähnt werden soll. Das Kinderheim Biedermannsdorf war durch eine Ausstellung beim 3. Heilpädagogischen Kongreß in Klagenfurt und beim „Tag der offenen Tür“ im Wiener Rathaus präsent. Im Dr. Adolf Lorenz-Heim fand ein „Internationales Expertengespräch über Berufsausbildung für geistig behinderte Jugendliche“ statt.

Das Lehrlingsheim Leopoldstadt hat 1979 die ambulante Betreuung erweitert. Betreut wird eine Gruppe von Jugendlichen, die nach längeren Heimaufenthalten in privaten Wohnungen verselbständigt werden sollen. Diese Gruppe „Leopoldstadt“ hat ihr Kommunikationszentrum im Heim selbst. Weiters hat das Heim in Wohnungen zwei Außenstellen für die ambulante Betreuung eingerichtet: die Außenstelle Jungstraße mit sozialer Beratung, Krisenintervention und einem Informationsdienst. Hier steht die menschliche Hilfe bei der Bewältigung von Problemen im Vordergrund, während die Außenstelle Radingerstraße bei Wohnproblemen berät und auch anschauliche Hilfe im Sinne einer „Musterwohnung“ gibt. Vom Lehrlingsheim Nußdorf aus wurden im Verlauf des Jahres 1979 vier Mädchen vor Beendigung ihrer Berufsausbildung in eigenen Wohnungen oder Untermieten ambulant betreut. Zwei dieser Mädchen konnten, in ihre Lebenssituation bestens integriert, bereits aus dem Stand des Heimes entlassen werden.

Seit 1977 werden die Wohngemeinschaften für Kinder und Jugendliche Handelskai und Scheiberbergstraße geführt. Alle Kinder besuchen öffentliche Schulen und erhalten individuell angepaßte Lernhilfe

und Förderung. Zu verschiedenen Feiern werden Freunde und Nachbarn eingeladen, um die Beziehung zur Umwelt fruchtbringend zu gestalten. Die guten Erfahrungen mit den beiden Wohngemeinschaften veranlaßten das Jugendamt der Stadt Wien, eine neue Wohngemeinschaft für männliche Jugendliche in 2, Obere Donaustraße 17/9, einzurichten. In der teilweise von den Erziehern selbst entsprechend adaptierten Großwohnung wird den dort untergebrachten Jugendlichen, die auf Grund ihrer Persönlichkeitsstruktur erforderliche emotionale Zuwendung und damit die Chance einer Nachreife zuteil. Für Jugendliche, die aus der Wohngemeinschaft künftig in gemeinsam mit den Erziehern ausgestattete Wohnungen entlassen werden, ist in Krisensituationen eine Nachbetreuung vorgesehen. Für sozial unangepaßte weibliche Jugendliche besteht seit Juli 1979 in 22, Eipeldauer Straße 25/55/33, eine dem Heim Rochusgasse angeschlossene Wohngemeinschaft. Das Erziehungsziel ist, die Jugendlichen in einem Lernprozeß ihre Bedürfnisse erkennen zu lassen und ihre Befriedigung in sozial angepaßtem Rahmen zu ermöglichen. Die Bemühungen der Wohngemeinschaft, einen guten Kontakt mit den Menschen der näheren Umgebung herzustellen, hatte durchschlagenden Erfolg: die Wohngemeinschaft hat gleichsam die Funktion eines Zentrums für Jugendliche der Wohnhausanlage übernommen.

Im Jahre 1979 fanden im Mutter- und Kind-Heim 63 Mütter Aufnahme. Für 24 Mütter, das ist rund ein Drittel, dauerte der Aufenthalt aber nur von einigen Tagen bis zu maximal zwei Monaten. Es waren dies vorwiegend verheiratete oder geschiedene Frauen reiferen Alters, rund 20 bis 35 Jahre alt, die ein oder mehrere Kinder bis zum schulpflichtigen Alter mitbrachten. Sie suchten auf Grund aktueller Schwierigkeiten in der Ehe oder in bestehender Partnerschaft Zuflucht im Mutter- und Kind-Heim und konnten dort in der entspannten Situation durch Gespräche, in die meist auch der Partner miteinbezogen wurde, ihre Konflikte aufarbeiten. In den meisten Fällen kehrten sie zum Partner zurück und führten die Ehe beziehungsweise Lebensgemeinschaft weiter. Ein weiteres Drittel der Frauen blieb etwa bis zu einem halben Jahr im Heim, von wo es ihnen nach einer Verselbständigungsphase sodann gelang, entweder in eigene Wohnungen oder zu einem Partner in dessen Wohnung ziehen zu können. Für den Rest der Bewohnerinnen wird der Aufenthalt im Heim voraussichtlich länger dauern. Es handelt sich hier vorwiegend um junge Frauen von 16 bis 21 Jahren, die keine Angehörigen haben und ihre Kindheit überwiegend selbst in Heimen verbrachten, oder um Frauen, denen die eigene Familie keinen entsprechenden Rückhalt bietet. Diese Frauen bleiben erfahrungsgemäß nahezu bis zu ein- und einhalb Jahren im Heim. Von dieser Gruppe der Heimbewohner konnten 1979 bis auf zwei alle mit ihren Kindern in eigene Wohnungen, teils Gemeindewohnungen, entlassen werden. Um die Bindung von Mutter und Kind zu vertiefen und zu festigen, wurde es 1979 Müttern versuchsweise ermöglicht, den Karenzurlaub im Heim zu verbringen. Damit ist es der Mutter möglich, den ganzen Tag mit dem Kind zusammen zu sein, es zu betreuen und außerdem in Näh- und Kochkursen mit den Obliegenheiten des Haushaltes vertraut zu werden.

Im Gesellinnenheim Aichhorngasse haben unselbständige, jugendliche Frauen eine Wohnmöglichkeit. Ein geringer Heimbetrag und die Auflage einer Sparverpflichtung sollen ihnen den Start zu einer selbständigen Lebensführung erleichtern. Außerdem werden individuelle Betreuung und Hilfe geboten, ebenso Unterstützung bei Behördenwegen und Arbeitssuche sowie Anregungen für Weiterbildung und Freizeitgestaltung. Im Gesellenheim Zohmannngasse sind 68 männliche Jugendliche untergebracht, deren Verselbständigung angestrebt wird. Das Ziel ist, ihnen den Erwerb einer eigenen Wohnung zu ermöglichen. So versucht das Heim, die Bewohner zu einer guten Arbeitshaltung zu befähigen und zu einer vernünftigen Einstellung zum Geld und zum Leben überhaupt zu bringen. Es werden deshalb Anregungen zur Weiterbildung und sinnvollen Freizeitgestaltung sowie auch Hilfen und Übungen zur praktischen Lebensbewältigung angeboten.

Ende 1979 waren neben den Plätzen in den städtischen Heimen auch 1.142 Plätze in Vertragsheimen systemisiert, von denen 793 belegt waren. Ebenso wie in den städtischen Heimen wurde auch in den Vertragsheimen getrachtet, die pädagogische Situation durch Gruppenverkleinerungen und Umbauten zu verbessern und zahlreiche Angebote zur Freizeitgestaltung und Förderung bereitzustellen. Bei den Sondereinrichtungen des Jugendamtes der Stadt Wien weitete das Institut für Sozialtherapie 2 die Betreuung auf halbinterne Klienten aus. Kinder im Schulalter können nun auch verpflegt werden und die Nachmittage im Institut verbringen. Bedeutungsvoll ist ferner, daß 1979 auch die heiminterne Schule mit verminderter Schülerzahl je Klasse für besonders schwierige ambulante Klienten zur Verfügung stand. Dem Institut für Sozialtherapie 3 mit seinem Aufgabenschwerpunkt in der Betreuung dissozialer Jugendlicher war es wieder gelungen, durch seine Erfolge im Bereich der Verhütung von Kriminalität sowie vermehrt auf Grund seiner Beratung von Drogen- und Alkoholabhängigen auch über Österreich hinaus Anerkennung zu finden. Zwei sozialpädagogische Beratungsstellen betreuten jeweils rund 25 Kinder und deren Eltern. Die Sozialpädagogen der Beratungsstelle helfen den Kindern bei den Hausaufgaben, kontrollieren die Hefte und erklären ihnen, was sie in der Schule nicht verstanden haben. Die Betreuung der schwierigen, verhaltensauffälligen Kinder soll eine eventuell sonst notwendige Heimunterbringung verhindern.

Derzeit gibt es in Wien drei Jugendinformationszentren — „info-centers“. Die Aufgabe der Jugendinformations- und Beratungszentren besteht im wesentlichen darin, jungen Leuten sowie deren Bezugspersonen für Informationen und Beratung zur Verfügung zu stehen. Das Angebot ist primär auf die Zielgruppe der 15- bis 25jährigen als Schüler, Lehrlinge, Studenten, Berufstätige und Arbeitslose ausgerichtet, wird

aber neuerdings auch verstärkt von ihren Bezugspersonen, also Eltern, Lehrer usw., in Anspruch genommen. 1979 registrierten die „info-centers“ insgesamt 5.096 Gespräche mit Besuchern, von denen 43 Prozent weiblich und 57 Prozent männlich waren. 41 Prozent hatten vorwiegend Informationsbedürfnisse, wobei nach wie vor Fragen nach (Aus-)Bildungsmöglichkeiten (8 Prozent), Arbeit (10 Prozent) und Unterkunft (8 Prozent) dominierten. 57 Prozent der Besucher kamen, um über persönliche Probleme zu sprechen. 119 Besuchern konnte durch eine längerfristige Betreuung Hilfe geboten werden. 1979 wurde in den „info-centers“ auch die Teilnahme an Gruppen angeboten. Die Zielsetzung der drei Gruppen, die von einem Mitarbeiter betreut, regelmäßig zusammenkamen, war das Einüben sozialer Kontakte sowie das Aufarbeiten persönlicher Konflikte und Probleme. Im „info-center 3“ wurde ein zusätzliches Angebot in Form einer offenen Gesprächsgruppe gemacht.

Im Jahre 1979 nahmen zehn neue *K i n d e r t a g e s h e i m e* ihren Betrieb auf, so daß zum Jahresende 263 städtische Kindertagesheime den Wiener Familien zur Verfügung standen. Die 1979 eröffneten Kindertagesheime befinden sich in 6, Spalovskyygasse 7, in 10, Keplerplatz 7, in 11, Dreherstraße, in 12, Am Schöpfwerk I, und Am Schöpfwerk II, sowie in Zanaschkagasse, in 14, Psychiatrisches Krankenhaus „Baumgartner Höhe“, in 21, Carabelligasse, in Jedlersdorfer Straße sowie in 23, Wiener Flur. Insgesamt hat sich damit das Platzangebot gegenüber 1978 von 29.047 auf 30.136 erhöht, was einer Steigerung von 1.089 Plätzen entspricht. Das Platzangebot setzte sich zusammen aus 4.514 Krippenplätzen (+ 244), 16.720 Kindergartenplätzen (+ 503) und 8.902 Hortplätzen (+ 342). Insgesamt wurden 1.120 Gruppen geführt.

„Die Bedeutung des Kindergartens für die Entwicklung und Förderung des Kleinkindes“ war der Titel eines Symposiums, das das Jugendamt der Stadt Wien im März 1979 veranstaltete. Diese Veranstaltung hat insbesondere durch die Teilnahme von Frau Professor Dr. Anna Freud und durch ihr von tiefer Menschlichkeit und großem Wissen erfülltes Referat in der Öffentlichkeit ein sehr starkes Echo gefunden und neue Impulse für die pädagogische Arbeit in den Kindergärten gebracht. Es soll in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß ein noch im Bau befindlicher Kindergarten den Namen „Anna Freud-Kindergarten“ tragen wird. Frau Dr. Anna Freud wies unter anderem darauf hin, daß die Schule — entgegen den international üblichen Aussagen von Lehrern — vom Sechsjährigen sehr viel bereits Vorhandenes erwartet. So etwa, daß das Kind fähig sei, unter einer zeitweiligen Trennung vom Elternhaus nicht zu leiden, daß es Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Respekt des fremden Besitzes, Konzentrationsfähigkeit und die Fähigkeit zum Einfügen in eine Gemeinschaft ohne Vorrecht mitbringe. Diese gewaltige Arbeit, die das Kind für das Aneignen aller dieser Fähigkeiten bis zum Schulantritt leisten muß, kann es leichter durch Zusammenarbeit zwischen der Familie und dem Kindergarten vollbringen.

Mehr als 5.000 Kinder aus den städtischen Horten haben im Mai in den einzelnen Bezirken, in engem Zusammenwirken mit den Bezirksvorstehern und Bezirksvertretungen, öffentliche Veranstaltungen unter dem Motto „Kinder gestalten ihre Umwelt“ durchgeführt. Die Hortkinder haben nicht nur bei diesen Veranstaltungen ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen dargestellt, sondern darüber hinaus auch soziale Leistungen für behinderte und ältere Menschen gesetzt. Gemeinsam mit anderen Dienststellen des Magistrates und jenen Organisationen, die Kindergärten führen, wurde vom 15. November bis 26. Dezember 1979 vom Jugendamt der Stadt Wien in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine Weihnachtsausstellung unter dem Motto „Spielen — Werken — Freizeit“ veranstaltet. Es war dies eine Ausstellung besonderer Art, da nicht nur pädagogisch wertvolles Spielzeug, Bilder- und Kinderbücher gezeigt wurden, sondern darüber hinaus auch den Besuchern der Ausstellung Gelegenheit geboten wurde, die ausgestellten Spielsachen an Ort und Stelle auszuprobieren; außerdem wurden Eltern und Kinder angeregt, gemeinsam zu spielen. Das außerordentliche Interesse, das dieser Ausstellung geschenkt wurde, zeigt, daß damit einem echten Bedürfnis entsprochen worden ist.

Anlässlich des 30jährigen Betriebsjubiläums des Sonderkindergartens „Schweizer Spende“ fand am 18. und 19. Oktober 1979 im Pädagogischen Institut der Stadt Wien eine Arbeitstagung mit dem Thema „Praktische Möglichkeiten zur Förderung behinderter Kinder im Sonderkindergarten“ statt. Diese Veranstaltung wurde ausschließlich von Sonderkindergärtnerinnen und Sonderkindergarten-Leiterinnen gestaltet und diente dem Erfahrungsaustausch in der heilpädagogischen Arbeit mit behinderten Kleinkindern. Das Kindertagesheim Rosenackerstraße wurde im Jahre 1929 als 100. Kindergarten der Gemeinde Wien feierlich eröffnet. Dies wurde zum Anlaß genommen, das 50jährige Bestandsjubiläum zu feiern. Der Kindergarten konnte mit einem Kostenaufwand von 17 Millionen Schilling völlig neu instand gesetzt werden. Die Renovierung erfolgte unter Anpassung der architektonischen Gegebenheiten.

Der Wiener Bevölkerung werden über die *S t ä d t i s c h e E r h o l u n g s f ü r s o r g e* Erholungsmöglichkeiten für Kinder im Alter von 3 bis 15 Jahren zu günstigen finanziellen Bedingungen angeboten. Die Aktionen umfassen vorwiegend Erholungsaufenthalte für die Sommerferien, aber auch für die Semester-, Oster- und Weihnachtsferien. Außerdem organisiert die Städtische Erholungsfürsorge noch Erholungsaktionen für Kindergruppen aus Kindergärten, Horten und Heimen der Stadt Wien sowie Schullandwochen für Klassen der Volks-, Haupt- und Sonderschulen. Die Bilanz des Jahres 1979 zeigt 432 Aktionen, an denen insgesamt 18.281 Kinder teilnahmen. Die Zahl der Aktionen nahm gegenüber 1978 um 12 zu. Das größte Kontingent an Erholungsplätzen mußte auch 1979 wieder für die Sommerferien bereitgestellt werden. Allein für Kinder mit freier Anmel-

dung über die Bezirksjugendämter wurden in 43 verschiedenen Heimen und Privatunterkünften 83 Erholungsaufenthalte organisiert, an denen 5.397 Kinder teilnahmen. Nur 156 Kinder sind wegen Erkrankungen oder aus sonstigen familiären Gründen ausgefallen. Dies entspricht einer rund 97prozentigen Auslastung der vorhandenen Bettenzahl. Die durchgeführten Aktionen umfaßten eine reichhaltige Auswahl an Ferienzielen mit zum Teil sehr differenzierten Programmen. Es standen Heime im Flachland, im Gebirge und am Meer zur Verfügung. Angeboten wurden Quartiere in wenig bekannter, ruhiger Umgebung und solche in belebten Fremdenverkehrsgebieten. Es konnte zwischen kleinen Pensionen und Bauernhöfen mit einem mehr familienähnlichen Betrieb oder Großheimen mit altersmäßiger Gruppeneinteilung, aber entsprechend vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten mit Spiel, Sport und Hobbies gewählt werden. Bei allen Turnussen wurde besonderer Wert auf möglichst viel Bewegung im Freien in gesunder Luft gelegt.

Lernferien für Volks- und Hauptschüler wurden im Erholungsheim Tribuswinkel veranstaltet. Daran nahmen 141 Kinder teil, die in kleinen Lerngruppen den Lehrstoff des abgelaufenen Schuljahres in Deutsch, Mathematik und erstmals auch in Englisch wiederholten. Die Kinder wurden dabei von jungen Lehrern und Studenten der Pädagogischen Akademien betreut. Lese- und schreibschwache Kinder wurden in Kleinstgruppen zusätzlich von zwei Fachpsychologen in einem Intensivtraining gefördert.

Drei Behinderten-Erholungsaktionen mit einer Dauer von jeweils zwei Wochen fanden im Erholungsheim Sulzbach/Bad Ischl statt. Insgesamt beteiligten sich an diesen Aufenthalten 70 schwerstbehinderte Kinder der Sonderschulen Paulusgasse, Schwarzingergergasse und Kienmayergasse. Weitere 18 schwerstbehinderte Kinder kamen schon in den Semesterferien in dasselbe Heim.

Der beliebte „Kinderurlaub auf dem Bauernhof“ fand in fünf verschiedenen Häusern in Krieglach, Durchham, Krenstetten, Ertl, Laßnitztal statt. 221 Kinder erlebten interessante Wochen auf einem Bauernhof. Sie freundeten sich mit den Haustieren an, lernten die Arbeit am Hof und auf dem Feld kennen und bekamen dadurch oft einen Einblick in das Leben auf dem Land. In den Semester- und Weihnachtsferien fuhren 58 Kinder nach Krieglach, um an Schikursen teilzunehmen. Erzieher mit Schilehrer-Prüfung betreuten die Kinder. Für kleine Bergsteiger war erstmals ein dreiwöchiger Aufenthalt in einem Schutzhause der Naturfreunde vorgesehen. Für diesen Turnus meldeten sich 52 Kinder an, die sorgfältig ausgewählt wurden. Die Almwiesen rund um das 1.950 m hoch gelegene Hofgastenerhaus bildeten begehrte Spielplätze für die Teilnehmer, die einen eindrucksvollen Ferienaufenthalt erlebten. Die jungen Sportler trafen sich wieder im Bundesschullandheim Hinterglemm bei Saalbach. Auf der zum Heim gehörenden modern ausgestatteten Leichtathletikanlage konnte jede Sportart aktiv betrieben werden. Zum Abschluß dieses Aufenthaltes wurde mit Begeisterung eine Heimolympiade veranstaltet.

Die seit 15 Jahren in Riccione abgehaltenen Ferienwochen am Meer waren wieder voll ausgebucht. Der gesundheitsfördernde Erholungswert dieser Aufenthalte wird vom ärztlichen Standpunkt besonders positiv beurteilt. Der ausgedehnte feine Sandstrand mit seinen vielfältigen Spielmöglichkeiten, eine Segelrundfahrt auf dem Meer und zahlreiche weitere Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung werden den Kindern lange in Erinnerung bleiben. Höhepunkt des Aufenthaltes im Juli war ein internationales Fest zum Jahr des Kindes, das von Kindergruppen aus Italien, der Schweiz und Österreich gemeinsam gestaltet wurde.

Anläßlich des Jahres des Kindes war das Erholungsheim Lehenhof im Juli 1979 Gastgeber für ein großes gemeinsames Ferienfest der Städtischen Erholungsfürsorge, zu dem 400 Kinder aus acht weiteren Heimen mit Bussen anreisten. Im Innenhof des Schlosses gab es eine große Festvorstellung. Jedes Heim hatte dafür eine Programmnummer vorbereitet. Kinderchöre, Volkstanz-, Theater- und Gymnastikgruppen fanden vielen Beifall. Die mit viel Einsatz und lautstarker Anteilnahme durchgeführten sportlichen Wettkämpfe mit Staffettenläufen, Völkerball- und Fußballspielen fanden auf dem großen Freigelände des Lehenhofes statt. Die Heime Sulzbach/Bad Ischl, Lehenhof und Tribuswinkel luden für den 25. August 1979 erstmals die Ortsbevölkerung und die Eltern der im Heim befindlichen Kinder zu einem „Tag der offenen Tür“ ein. Im Rahmen einer Führung, wobei die ausgestellten Werkarbeiten sowie Gruppenvorführungen betrachtet werden konnten, bekamen die Gäste einen unmittelbaren Einblick in den Heimbetrieb. An alle Kinder im Alter von etwa 8 bis 15 Jahren, die an den Sommeraktionen teilnahmen, wurde das Ferienbuch, Jahrgang 1979, ausgegeben. Es enthielt eine Menge interessanten Lesestoff und viele neue Anregungen für Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

An der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien nahm der Projektunterricht wieder einen breiten Raum ein. Seit September 1979 besteht eine alkoholfreie Gaststätte für Alkoholranke unter der Bezeichnung „Saftbeisl“, deren Errichtung auf eine Studenteninitiative zurückgeht. Eine weitere Gruppe hat sich zur Aufgabe gesetzt, ein Kriseninterventionszentrum für Jugendliche aufzubauen. Andere Projektgruppen befaßten sich mit Problemen des sozialen Wohnbaus, mit der Schaffung eines Kommunikationszentrums für Frauen und mit den Problemen von Müttern jugendlicher Strafgefangener; eine Gruppe studierte ein Nestroy-Stück mit den Bewohnern eines Pensionistenheimes der Stadt Wien ein.

Zur Diplomprüfung 1979 traten 38 Kandidaten an, die alle bestanden; acht von ihnen mit ausgezeichnetem Erfolg. Von den Absolventen traten 25 in den Dienst der Gemeinde Wien: 13 arbeiten in den Jugendämtern und 7 sind Mitarbeiter eines experimentellen Teams, das Straßen-Sozialarbeit ausübt. Die Gruppe der Straßen-

Sozialarbeiter hat noch enge Verbindung mit der Ausbildungsstätte und hält an einem Tag der Woche ihre Fortbildungsveranstaltungen und Teamsitzungen in den Räumen der Akademie ab. Andere Absolventen des letzten Jahres arbeiten als Berufsberater beim Arbeitsamt und bei der weiblichen Kriminalpolizei; ein blinder Absolvent ist beim Landesinvalidendienst beschäftigt. Mit Hilfe des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien brachte die Akademie einen Prospekt zur Information von Aufnahmewerbern und Studienanfängern heraus. Diese Informationsschrift ist sehr gut aufgenommen worden. Im Herbst 1979 traten 55 neue Studierende in die Akademie ein, an der nunmehr 112 Männer und Frauen in Ausbildung stehen.

Am Institut für Heimerziehung wies zum Beginn des Schuljahres 1979/80 der 1. Jahrgang 15 Studierende und der 2. Jahrgang 13 Studierende auf; der Maturantenjahrgang zählte 16 Studierende. 29 Kandidaten traten zur Befähigungsprüfung an, die alle bestanden; 11 mit ausgezeichnetem Erfolg. Außerdem bestanden 27 Externisten die Befähigungsprüfung, 9 mit ausgezeichnetem Erfolg. Verschiedene Praktika dienten dazu, die Studierenden mit dem Berufsalltag des Erziehers vertraut zu machen. Außerdem standen 1979 ein Schikurs und eine Schullandwoche am Programm.

Die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen besuchten Ende des Schuljahres 1978/79 345 Schülerinnen. 84 Schülerinnen der 4. Klasse und 31 Externisten bestanden die Befähigungsprüfung, 20 davon mit ausgezeichnetem Erfolg. Zur Eignungsprüfung gab es 212 Anmeldungen. 118 bestanden die Prüfung, 11 von ihnen konnten aber wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden. Der Bildungsanstalt ist ein Übungskindergarten mit insgesamt sieben Gruppen angeschlossen, in dem 95 Schülerinnen der drei ersten Klassen hospitierten. Der Praxisunterricht der zweiten und vierten Klassen fand in Kindertagesheimen der Stadt Wien statt. 75 Schülerinnen der zweiten Klassen hospitierten und praktizierten zu zweit in insgesamt 37 Gruppen, 175 Schülerinnen der dritten und vierten Klassen waren einzeln in 174 Kindergarten- beziehungsweise Hortgruppen zum Praktikum eingeteilt. Zwei Schikurse und eine Schullandwoche fanden im abgelaufenen Schuljahr statt. Zahlreiche Feiern wurden gestaltet. Da mit der Neueinführung einer dreisemestrigen Ausbildung zur Sonderkindergärtnerin an der Bundesbildungsanstalt in 10, Ettenreichgasse 45 c, die Möglichkeit gegeben war, diese Qualifikation in einem berufs begleitenden Studium zu erwerben, bestand die Notwendigkeit, Kindergärtnerinnen, die bereits in Sonderkindergärten arbeiten beziehungsweise eine derartige Tätigkeit anstreben, eine diesbezügliche Ausbildung im zweiten Bildungsweg anzubieten. Dem im Herbst 1979 begonnenen zweijährigen Lehrgang liegt derselbe Lehrplan zugrunde wie dem dreisemestrigen, nur sind die Lehrveranstaltungen zeitlich so angesetzt, daß sie neben der Arbeit als Kindergärtnerin besucht werden können. Zum Teil unterrichteten Lehrkräfte der Bildungsanstalt, zum anderen Teil Fachkräfte in den einzelnen Sonderdisziplinen. 23 Studierende besuchten diese Ausbildung.

An der Kinderpflegerinnenschule der Stadt Wien im Zentralkinderheim sind 22 Schülerinnen des 12. Lehrganges zur kommissionellen Befähigungsprüfung angetreten. Davon haben drei die Ausbildung mit „ausgezeichnetem Erfolg“, zwei mit „gutem Erfolg“ und vorläufig 16 mit Erfolg abgeschlossen; eine ist berechtigt, Ende Jänner 1980 zu einer zweiten mündlichen Wiederholungsprüfung anzutreten. 18 dieser Absolventinnen wurden bei der Stadt Wien aufgenommen. Insgesamt arbeiteten 130 Kinderpflegerinnen im Zentralkinderheim. Die dritte Klasse (13. Lehrgang) und die zweite Klasse (14. Lehrgang) besuchten seit Oktober 1979 insgesamt 35 Schülerinnen. Im Oktober 1979 wurden keine neuen Schülerinnen aufgenommen, so daß derzeit keine erste Klasse geführt wird.

Die von den Schülerinnen veranstalteten Feste und Feierstunden anlässlich des Faschings, eines Sommerfestes, des Schulabschlusses, des Nationalfeiertages und von Weihnachten fanden bei allen Besuchern großen Anklang.

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Die mit der Geschäftseinteilungsänderung vom 27. Februar 1979 neu geschaffene Magistratsabteilung 13, Bildung und außerschulische Jugendbetreuung, ist im Rahmen der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie tätig. Ihr Aufgabenbereich umfaßt die Gebiete Bildungswissenschaftlicher Dienst, Erwachsenenbildung, Landesjugendreferat Wien, Städtische Büchereien, Musiklehranstalten der Stadt Wien, Modeschule der Stadt Wien und Landesbildstelle Wien.

Das Referat „Bildungswissenschaftlicher Dienst – Bildungsexperiment“ befaßte sich mit der Ausarbeitung eines mittelfristigen Arbeitsprogrammes (Gutensteiner Kreis) für die Abteilung, das in fortlaufenden Besprechungen an die gegebenen Möglichkeiten angepaßt wird. In zwei Enqueten wurden einerseits Programme für eine wirksame Seniorenbildungsarbeit erstellt, andererseits die Magistratsabteilung 13 der Öffentlichkeit vorgestellt und dabei ihre Bildungsziele erläutert. Die Mitarbeit am Band „Bildung“ im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes sowie an einem bildungspolitischen Informationswerk (Bildungsplan) ergänzte die Referatstätigkeit.

Im Jahre 1979 wurden im Bereich der Erwachsenenbildung 21 volksbildnerisch tätige Vereine mit einem Gesamtbetrag von 36,75 Millionen Schilling gefördert. Weitaus größter Subventionsempfänger war

der Verband Wiener Volksbildung, der insgesamt 27,5 Millionen Schilling als Betriebssubvention und weitere 4 Millionen Schilling als letzte Rate eines insgesamt 12 Millionen Schilling umfassenden Sanierungsprogramms erhalten hat. Ferner wurden der Forschungsgemeinschaft Wilhelminenberg 0,4 Millionen Schilling, der Wiener Zentralbibliothek 0,88 Millionen Schilling, dem Katholischen Bildungswerk 0,25 Millionen Schilling sowie der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung 0,38 Millionen Schilling gewährt. In der Tätigkeit des Vereines „Kulturzentrum Spittelberg“ im Amerlinghaus konnte eine weitere Konsolidierung festgestellt werden. Der Zuschuß belief sich auf 2,15 Millionen Schilling.

Die Aktionen der außerschulischen Jugendarbeit des **Landesjugendreferates Wien** konnten auch 1979 erfolgreich durchgeführt werden. Am Wiener Ferienspiel nahmen 200.097 Kinder teil, um 10 Prozent mehr als 1978. Insgesamt wurden 7.777 (1978: 6.890) Teilnehmerkarten abgegeben. Erstmals fand ein Städte-Ferienspiel Wien—Linz statt, dessen jeweils 30 Gewinner nach Wien beziehungsweise Linz eingeladen wurden. Im Ferien-Club fanden sich 6.851 jugendliche Teilnehmer ein gegenüber 6.293 im Jahre 1978. Zum „Treffpunkt Schule“ kamen im Schuljahr 1978/79 9.885 Kinder; dabei wurden 5 Schulstützpunkte ausgenutzt. Die Jungbürger konnten wieder unter vier Möglichkeiten auswählen: Das Musical „Chicago“ fand bei 8 Vorstellungen im Theater an der Wien 4.298 Teilnehmer, zu zwei Bällen im Wiener Rathaus kamen 2.726 Besucher, zu einem Orchesterkonzert 1.058 Teilnehmer und zu einem Jazzkonzert 5.511 Besucher. Insgesamt wurden 13.593 Karten ausgeben. Der Gesamtaufwand für die Jungbürgerfeiern einschließlich der Widmung des Jungbürgerbuches „Begegnung an der Donau“ von Hellmut Andics betrug 3,327 Millionen Schilling.

Mit Oktober 1979 wurden auf Grund der Einführung der 5-Tage-Woche an den Wiener Volksschulen vom Landesjugendreferat in 36 Schulen an schulfreien Samstag-Vormittagen „Schülerklubs“ angeboten, um die Kinder zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung anzuregen. Die Semesterferienaktion einschließlich der Veranstaltung „Schule — einmal anders“ in der Ferienwoche im Februar 1979 verliefen mit insgesamt 95.000 Teilnehmern ebenfalls erfolgreich. Es wurde ein über die 30 Schulstandorte hinausgehendes Veranstaltungsprogramm geboten.

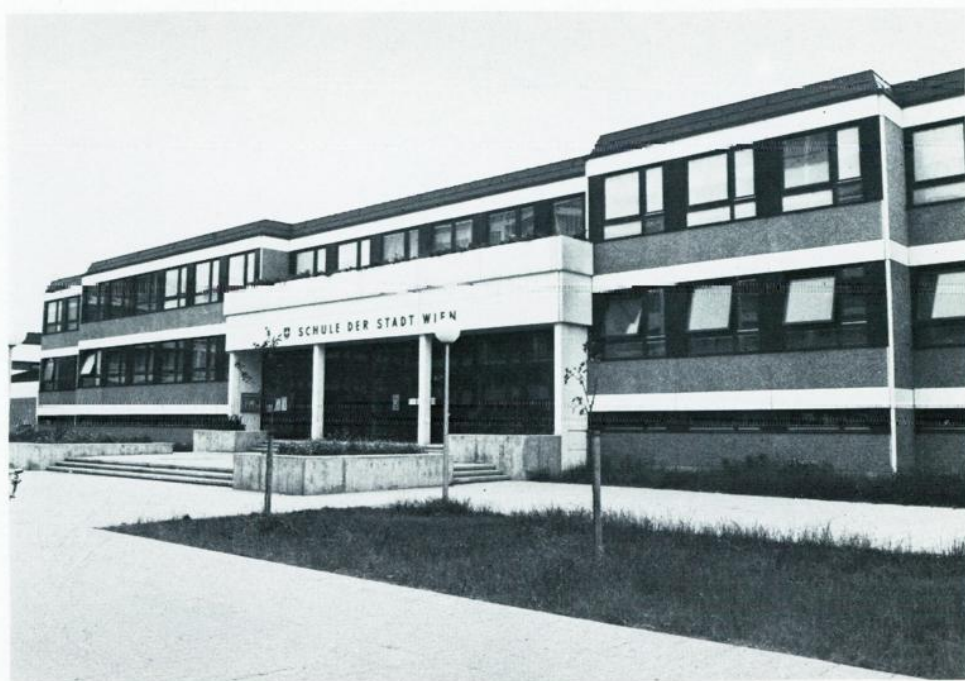
Erstmals fand im Wiener Rathaus im Juni 1979 ein Schulschachfest statt, bei dem Großmeister Karl *Robatsch* gegen 211 Gegner spielte. Insgesamt nahmen über 1.200 Personen an der Veranstaltung teil, darunter 700 aktive Turnierspieler. In der Wiener Stadthalle wurde das „Star Club Disco-Schwimmen“ eingeführt, bei dem Tanz, Sport und Musik gleichrangig angeboten wurden. Die Veranstaltung fand 300 Besucher, die Wiederholungen waren gleich gut frequentiert, so daß die Veranstaltung auf das ganze Jahr ausgedehnt und auch im Rahmen des Wiener Ferien-Clubs angeboten wurde. Im Mai 1979 konnte im Objekt in 7, Zieglergasse 49, ein **Medienzentrum** eingerichtet werden, das aus einem Schulungsraum, einem Studio mit Regieraum, Werkstätte und Büro besteht und mit modernen technischen Geräten ausgestattet ist. Drei transportable Videoanlagen erlauben den Einsatz des Medienangebotes in Schulen und Jugendeinrichtungen. Das Jugendsingen 1979, das 34.610 Besucher fand, war mit 149 Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen und Parkanlagen, in Schulhöfen, Pensionistenheimen und Betrieben mit rund 28.029 aktiven Sängern, Tänzern und Musikanten in 947 Chören, Tanz- und Spielgruppen als Auftakt zu den Wiener Festwochen ein großer Erfolg, ebenso das Maifest für Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf dem Rathausplatz und im Rathaus mit mehr als 6.000 Teilnehmern. Der Maibaum kam anlässlich der 200jährigen Zugehörigkeit des Innviertels zu Österreich aus Ried im Innkreis. An den 22 Vorbereitungen des Redewettbewerbes nahmen über 300 Schüler, Lehrlinge und Soldaten teil. Die Schlußveranstaltung fand wieder im Sitzungssaal des Wiener Rathauses statt. Beim Volkstanzfest vor dem Schloß Schönbrunn tanzten rund 200 Paare vor 5.000 Besuchern österreichische Tänze. In den Tanzpausen boten die Steirisch-Tanz-Gruppe Mariazell und der Akademische Volkstanzkreis Wien interessante Volkstänze dar. Bei den 2. Internationalen Jugendtheatertagen wurden bei 11 Veranstaltungen 1.500 Besucher und Aktive registriert. Am 6. Wiener Schultheaterfestival traten 20 Schulschauspielgruppen auf, die Schlußveranstaltung fand im Theater an der Wien statt, der Empfang der Gruppen im Festsaal des Rathauses. Die Dichterlesungen wurden vor 5.700 Schülern der Volks-, Haupt- und der Allgemeinbildenden höheren Schulen abgehalten. 17 Jugendschriftsteller hielten ihre Lesungen in 190 Stunden. An den 24 Zeichen- und Malkursen des Wiener Jugendkreises, die im Auftrage des Landesjugendreferates abgehalten wurden, nahmen 276 Schüler teil. Die Sportaktionen wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 51 veranstaltet: Der „Sportplatz der offenen Tür“ fand 30.500 Teilnehmer, die Eislaufaktion 34.000 Besucher, zur „Fahrt zum Schnee“ kamen 2.095 Teilnehmer, am Weihnachtsschikurs 1978/79 und am Semesterschikurs 1979 beteiligten sich jeweils 100 Kinder, am Schwimmfest ebenfalls 100 Teilnehmer. An der „Fahrt zum Spiel“ während der Sommerferien nahmen 8.200 Kinder und Jugendliche teil. Das Haltungsturnen in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 15 wurde im gleichen Ausmaß wie im Vorjahr durchgeführt. Bei der Schlußveranstaltung des Bandwettbewerbes „Pop-odrom 1979“, an dem sich 80 Gruppen beteiligten, konnten in der Wiener Stadthalle 5.000 Besucher gezählt werden, die außer den 3 Finalisten auch der Rockgruppe „Scorpion“ begeistert jubelten, die zum Abschluß des Konzertes mitwirkte. 15 Vereinigungen der außerschulischen Jugendpflege erhielten 51,8 Millionen Schilling Förderungsbeiträge, darunter der Verein Jugendzentren der Stadt Wien 37,93 Millionen und der

Verein Wiener Jugendkreis 13,38 Millionen Schilling. Den im Bundesjugendring wirkenden Wiener Landesorganisationen wurden zusätzlich 3,5 Millionen Schilling gewährt.

Im Jahre 1979 konnte ein weiteres kontinuierliches Ansteigen der Leser- und Entlehnzahlen in den **Wiener Städtischen Büchereien** beobachtet werden. Die Leserzahlen stiegen von 98.048 auf 99.016, was eine Zunahme um 1 Prozent bedeutet. Die Entlehnungen stiegen von 2.404.229 im Jahre 1978 um 7,9 Prozent auf 2.594.014. Besonders stark war die Zunahme der Entlehnungen bei den Kindern mit 8,8 Prozent sowie bei den Jugendlichen mit 15,9 Prozent. Während die Entlehnungen bei den Kinder- und Jugendbüchern gegenüber 1978 um 7,6 Prozent gestiegen sind, nahmen sie bei der Belletristik um 3,5 sowie bei der Sachliteratur um 7,1 Prozent zu. Somit hält der Trend zum Sachbuch bei den Erwachsenen an. Sehr groß war die Nachfrage nach Kassetten, besonders nach Sprachkursen mit Kassettenunterstützung, ebenso nahm die Entlehnung von Zeitschriften sehr stark zu. Die zwei Zweigstellen der Städtischen Büchereien in 10, Hasengasse 14, und in 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 332, wurden im Jahre 1979 generalrenoviert und auf Freihandsystem umgestellt. Bei den beiden Bücherbussen wurde der Fahrplan den neuen Entwicklungen der Wohnbauverbauung am Stadtrand angepaßt. Steigende Leserzahlen zeigen den Erfolg dieser Maßnahmen. In der Hauptbücherei wurde die Einführung eines modernen EDV-Verbuchungssystems vorbereitet, das die bisher eingesetzte Lochkartenverbuchung ablösen und eine wesentliche Verbesserung des Kundendienstes und der Auskunftsmöglichkeiten bringen wird. Der Buchbestand betrug am Jahresanfang 1979 in allen Zweigstellen der Städtischen Büchereien 756.666, zum Jahresende 793.952 Bände. Im Dezember 1979 konnte in der Zweigstelle in 23, Anton Baumgartner-Straße 44, der Probetrieb aufgenommen werden. Diese 350 m² große Zweigstelle ersetzt die frühere Außenstelle in der Putzendoplergasse 4, die die Bibliothek des Wohnparkes Alt-Erlaa räumlich nicht mehr aufnehmen konnte. Mit Gesamtkosten von rund 3 Millionen Schilling wurde eine moderne Freihandbücherei geschaffen, in der über 20.000 Bücher, Zeitschriften und Kassetten für die Benutzer bereitgestellt wurden. Der Gesamtaufwand für die Wiener Städtischen Büchereien betrug im Jahre 1979 67.916.800 Schilling.

Die **Musiklehranstalten der Stadt Wien** erfuhren eine weitgehende organisatorische Reform, die, aufbauend auf die jahrzehntelange Tradition, den Erfordernissen der Gegenwart und eines mittelfristigen Arbeitsprogramms Rechnung trägt. Das pädagogische Hauptanliegen dabei besteht in der Durchsetzung des schulischen Gedankens, der Vielseitigkeit, im umfassenden Charakter der gebotenen Ausbildung sowie im Streben nicht nur musikalische Lehrstätte, sondern auch künstlerisches Erziehungsinstitut zu sein. Von den insgesamt 8.101 Besuchern studierten 1.036 Schüler am Konservatorium der Stadt Wien, darunter befanden sich 147 Ausländer aus 31 Staaten; die 18 Bezirksmusikschulen besuchten 3.571 Schüler, die drei Jahrgänge Kindersingschule insgesamt 3.494. Gegenüber 1978 wurden 31 Lehrkräfte neu verpflichtet, 9 schieden aus. Von den zahlreichen Veranstaltungen sind erwähnenswert: das große Chor- und Orchesterkonzert im Wiener Konzerthaus, die Opernaufführung „Die Hochzeit des Figaro“ im April 1979, die im Theater an der Wien sowie in sieben niederösterreichischen Städten in Zusammenarbeit mit der Niederösterreichischen Arbeiterkammer veranstaltet wurde; das „Festliche Singen“ am 19. und 20. Mai 1979 im Konzerthaus sowie der erstmalige Auftritt der Big Band der Jazz-Abteilung des Konservatoriums am 6. November im Kongreßhaus Innsbruck, der gemeinsam mit der Modeschau der Modeschule der Stadt Wien gestaltet wurde. 16 Jahreskonzerte der Musikschulen und 85 Klassen- beziehungsweise Übungsabende, Professorenkonzerte und Fragmentabende der Operettenklasse und der Opernschule vervollständigten das reichhaltige Aufführungsprogramm. Neu waren die Errichtung neuer Klassen, eines Seminars für Schrammelmusik sowie eines für Berufschorsänger, weiters die Gründung einer „Jugendblasmusik der Stadt Wien“, die Errichtung der Internationalen Schule für Musik als 18. Musikschule und der Beginn der Arbeit mit Früherziehungskursen an den Musikschulen. Die Tanzabteilung wurde zu einem professionellen Ausbildungsinstitut schwerpunktmäßig umgestaltet. Der Gesamtaufwand für die Musiklehranstalten betrug 72,4 Millionen Schilling.

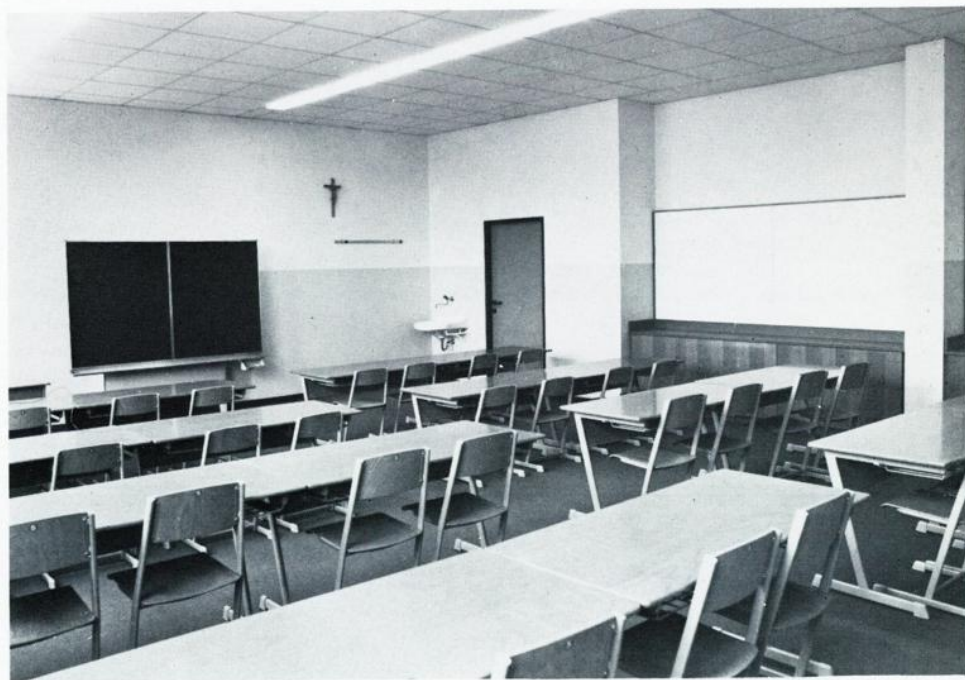
Der lehrplanmäßige Unterricht im Rahmen der fünfjährigen Ausbildungszeit wurde an der **Modeschule der Stadt Wien** fortgesetzt, die auch 1979 wieder zahlreiche Veranstaltungen und Wettbewerbe durchgeführt hat. Betreut von 19 hauptberuflichen und 17 nebenberuflichen Lehrkräften studierten 204 Schüler, von denen 109 aus Wien, 70 aus den Bundesländern und 27 aus dem Ausland kamen. 29 Schüler traten mit Erfolg zu den Abschlußprüfungen an. Im Hinblick auf die von der Schulbehörde geforderten Ausbildungsziele wurde die Modernisierung der technischen Ausstattung planmäßig fortgesetzt; Spezialgeräte konnten im Gesamtwert von 138.000 Schilling angeschafft werden. Rund 450.000 Schilling wurden für Instandhaltung des Gebäudes aufgewendet. Zahlreiche Firmen stellten der Modeschule wertvolle Materialien zur Verfügung und luden das Institut zu Ideenwettbewerben ein. Unter den Veranstaltungen sind hervorzuheben die erstmals durchgeführte Modeschau im Modegroßhandelszentrum St. Marx, der Strickmodellwettbewerb für das Internationale Wollsekretariat, ein Beitrag für das Modemagazin des Österreichischen Fernsehens, das auch eine Aufzeichnung der Abend-sendung mit Heinz *Conrads* im Schloß Hetzendorf durchführte, die Jahresausstellung und Jahresmodeschau „Modekosmos 79“ mit über 5.000 Besuchern, die Mitwirkung bei den Modeschauen am „Tag der offenen Tür“ im Rathaus, für eine OPEC-Tagung sowie für den Kongreß der europäischen Stadtbaudirektoren, die Darbietung „Junge Mode — Junge Musik aus Wien“ im Innsbrucker Kongreßhaus mit über 1.500 Besuchern sowie ei-



Die neue Schule der Stadt Wien im 12. Bezirk, Am Schöpfwerk

Schulwesen

Klassenzimmer mit den nach den Richtlinien der Önorm A 1650 (Sessel und Tische für den allgemeinen Unterricht in Schulen) hergestellten Schülertischen und Schülersesseln





Im Historischen Museum der Stadt Wien wurde die Ausstellung „Georg Eisler — Bilder aus Wien und anderen Städten“ gezeigt

Kultur

Im Zwischengeschoß des neueröffneten U-Bahn-Stationsbauwerkes Stephansplatz war die Ausstellung „U-Bahn-Bau und Stadtgeschichte“ zu sehen. Das Bild zeigt drei römische Kapitelle, die bei einer Kanalverlegung in der Landskron-gasse gefunden wurden



ner einwöchigen Ausstellung im Kongreßhaus selbst. Die Abschlußklassen unternahmen eine einwöchige Studienreise nach Paris. Der Gesamtaufwand für die Modeschule betrug für 1979 15,9 Millionen Schilling.

Die Neuausstattung von Schulneubauten mit audiovisuellen Geräten durch die Landesbildstelle Wien wurde im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 56 fortgesetzt. Für die Wiener Pflichtschulen wurden 215 Overhead-, 80 Tonfilm- und 15 Diaprojektoren angeschafft. Der Verleih der Landesbildstelle für Schule und Volksbildung kann 1979 mit rund 6,1 Millionen Schilling bewertet werden. Für 230.000 S wurden Reparaturen durchgeführt. Die Landesbildstelle Wien als Geschäftsstelle einer Film-Co-Produktion der österreichischen Bundesländer kann auf 11 fertiggestellte Impulsfilme verweisen. Mit der Co-Produktion von Diaserien für den Volksschulbereich wurde begonnen. Als Eigenproduktion konnte eine Serie über den 22. Gemeindebezirk fertiggestellt und dem Verleih übergeben werden. Den Volksschulen des 22. Bezirkes wird eine Serie für die Errichtung schuleigener Diatheken zur Verfügung gestellt. Erstmals wurde das Siebdruckverfahren für die Diabeschriftung herangezogen. In der Filmarbeit konnte der Film „Vom Lehm zum Ziegel“ fertiggestellt werden, ebenso der dritte Teil des U-Bahn-Filmes „Wien und seine U-Bahn“ mit einer Dokumentation der Innenausstattung der U-Bahn-Stationen. Neu begonnen wurde die Filmdokumentation über die U-Bahn-Hochstrecke Kagran. Für die Wiener Hauptschulen konnten eigene Fassungen der vorhandenen U-Bahn-Filme hergestellt werden. Mit einem Film über die Städtischen Büchereien wurde eine Serie von Dokumentationen begonnen, die den Aufgabenbereich der Magistratsabteilung 13 darstellen. Für die praktische Arbeit mit Overheadprojektoren wurden Auffrischkurse veranstaltet, die „Medientage“ für die Wiener Lehrerschaft konnten ebenso fortgeführt werden wie die kursmäßige Ausbildung für die Bedienung von Projektionsgeräten. Der Bau der Reichsbrücke und die Maßnahmen des Hochwasserschutzes (Donauinsel) waren weiterhin Gegenstand von vielen Dokumentationen. Der Gesamtaufwand für die Landesbildstelle Wien betrug 9,289.300 S.

Schulverwaltung

Die Zahl der öffentlichen **allgemeinbildenden Pflichtschulen** ist im Schuljahr 1978/79 auf insgesamt 371 gesunken, und zwar auf 210 Volks-, 110 Haupt-, 41 Sonderschulen und 10 Polytechnische Lehrgänge. Gegenüber dem Schuljahr 1977/78 gab es eine Volksschule mehr sowie um zwei Hauptschulen und eine Sonderschule weniger. In den Volksschulen wurden von 57.429 Schülern in 1.999 Klassen besucht, 37.812 Hauptschüler waren in 1.292 Klassen, 7.123 Sonderschüler in 579 Klassen untergebracht, und die Polytechnischen Lehrgänge wurden von 3.666 Schülern in 129 Klassen frequentiert. Im Vergleich zum vorangegangenen Schuljahr 1977/78 nahm die Zahl der Volksschüler um 3.857, die der Hauptschüler um 606 und die der Sonderschüler um 499 ab, während die Polytechnischen Lehrgänge um 141 Schüler mehr hatten. In den Volksschulen verringerte sich die Zahl der Klassen um 49, in den Sonderschulen um 6. Bei den Hauptschulen war ein Zuwachs von 3 Klassen und in den Polytechnischen Lehrgängen von 7 Klassen zu verzeichnen.

Die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse an den öffentlichen Schulen betrug für Volksschulen 28,7, für Hauptschulen 29,3, für Sonderschulen 12,3, und bei den Polytechnischen Lehrgängen 28,4.

In den 54 privaten Volks-, Haupt- und Sonderschulen wurden in 379 Klassen 11.667 Schüler unterrichtet. Gegenüber dem Schuljahr 1977/78 nahm die Zahl der Klassen um 13 und die der Schüler um 74 zu. Die Durchschnittszahlen pro Klasse an den Privatschulen betragen für Volksschulen 32,4, für Hauptschulen 31,3, für Sonderschulen 11,0 und bei den Polytechnischen Lehrgängen 27,0.

Die Lehrtätigkeit übten mit Stichtag 31. August 1979 360 Direktoren, 5.829 klassenführende Lehrer, 443 Arbeitslehrerinnen, 263 Religionslehrer und 262 Sprachlehrer, also insgesamt 7.157 Lehrpersonen aus. Das waren um 54 Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen mehr als am 31. August 1978. 468 Landeslehrer waren an konfessionellen Privatschulen tätig.

Am 31. Dezember 1979 befanden sich in Städtischer Schulverwaltung 328 Gebäude, und zwar 296 Gebäude, die Zwecken der allgemeinbildenden Pflichtschulen, 25 Gebäude, die verschiedenen Zwecken (allgemeinbildenden höheren Schulen, Bundesfachschulen, Schülerheim, Polizei und andere) dienen, 7 Gebäude (Widmungsgebäude) wurden dem Bund für allgemeinbildende höhere Schulen überlassen, in 12 teils städtischen, teils privaten Gebäuden waren Räume für allgemeinbildende Pflichtschulen gemietet.

Für Bau und Erhaltung wurden im Jahre 1979 343 Millionen Schilling aufgewendet. Zu den wichtigsten Herstellungen gehört die Fertigstellung der Schulen in 10, Josef Enslein-Platz (2. Turnsaal), in 22, Brioschiweg 1, südlich Aderklaaer Straße (Schule-Wohnhaus), als 16klassige Volksschule sowie in Klosterneuburg, Martinstraße 58 A (7klassige Sonderschule). Außerdem wurden 14 mobile Klassenzimmer umgestellt. Der Beginn beziehungsweise die Fortsetzung der Bauarbeiten erfolgte bei den Schulen in 7, Zieglergasse 21–23 (16klassige Volksschule als Ganztagschule), in 10, Sahulkagasse (12klassige Volksschule), in 14, Hochsatzengasse (Turnsaal und Schulküche), in 21, Marco Polo-Platz (12klassige Volksschule), in 22, Markomannenstraße (24klassige Volksschule, Schule-Wohnhaus), und in 23, Wiener Flur (8klassige Volksschule). Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten wurden für Schulbauten geleistet in 10, Pernerstorfergasse (24klassiger Polytechnischer Lehrgang), in 15, Braunhirschengrund (8klassige Volksschule als Ganztagschule), in 18, Köhlergasse (8klassige

Volksschule als Ganztagschule), in 20, Gerhardusgasse (20klassige Volksschule), und in 22, Schüttauplatz (8klassige Volksschule). An 5 Schulgebäuden wurden Instandsetzungsarbeiten größeren Umfangs durchgeführt. 34 Schulgebäude waren wieder auszumalen, in 17 Schulgebäuden veraltete Heizungen umzubauen oder diese mit einer modernen Zentralheizung auszustatten. Bei 14 Schulen mußten die Dächer, bei weiteren 19 die Fassaden, in 6 die Fußböden, in 27 die Fenster und in 5 die Türen instand gesetzt werden. Überdies waren 4 Turnsäle zu renovieren. Darüber hinaus erfolgte in mehreren Schulgebäuden der Einbau von Ganggarderoben, die Anbringung von Sonnenschutzrollern, die Überholung und vor allem Erweiterung von WC-Anlagen wie die Verbesserung der sanitären Einrichtungen und dergleichen.

An neuen Einrichtungsgegenständen wurden 100 Buchwandtafeln, 240 Kasten, 3.250 Schülertische, 6.900 Schülersessel, 50 Lehrzimmertische, 175 Garderobebänke beschafft. Mit diesen Möbeln wurden unter anderem 170 Klassenzimmer, 10 Musikzimmer und 10 Mädchenhandarbeitszimmer eingerichtet. Für neue Möbel wurden insgesamt 19,689.700 S, für Möbelinstandsetzung 12,647.300 S ausgegeben.

Der Aufwand an Verbrauchsmaterialien, die den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, betrug 25,354.100 S. Im einzelnen wurden für Schreib- und Zeichenrequisiten, darunter 3,300.000 verschiedene Hefte, 3,800.000 Zeichenblätter, 610.000 Bleistifte, 15.910.100 S, für Mädchenhandarbeitsmaterial, darunter 100.000 m Stoffe, 200.000 Strähne Strick- und Häkelgarne, 5,607.400 S, und schließlich für Kanzlei- und Klassenrequisiten 250.000 S bezahlt. Der Restbetrag war für die Schulpauschalien bestimmt.

Die Stadt Wien stellte den Schülern der 4. Haupt- und Sonderhauptschulklassen sowie den 4. Klassen der AHS nach dem Europabuch das Buch „Die Geschichte der Stadt Wien“ mit 19.000 Exemplaren im Wert von 1,800.000 S sowie sämtliche Klassenlesestoffe für alle Schulstufen für 1,429.000 S zur Verfügung. In diesem Betrag sind auch die Nachschaffungen für die Gruppenlektüre enthalten. Weiters wurde der Schülersetzkasten „Unser Lesehaus“ in neuer Form mit einem Kostenaufwand von 1,300.000 S für die Schüler der 1. Schulstufe beigestellt. Diese Ausgaben sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrerbüchereien und von Handplänen und Büchern für die Vorschulklassen verursachten einen Aufwand von 3,691.600 S. Bei den Nachkäufen von Klassenlesestoffen und Büchern für die Gruppenlektüre handelt es sich um 35.000 Exemplare. Für die Instandsetzung und den Ankauf von Lehrmitteln und Werkzeugen wurden 11,119.500 S ausgegeben, unter anderem wurde die Aktion, vorhandene Präparate in Kunstharz einzugießen, fortgesetzt. Ferner wurde an Volksschulen wieder eine Reihe von Stummfilmprojektoren gegen Tonfilmprojektoren ausgetauscht. Im Jahre 1979 konnte auch jeder Hauptschule ein zweiter Overheadprojektor beigestellt werden. Für die neue Ganztagschule wurden zum Transport des Essens sogenannte Thermopots im Betrage von 40.000 S angeschafft. Weiters wurde für den Start des neuen Unterrichtsgegenstandes „Werkerziehung in der Volksschule“ Vorsorge getroffen. Die Bestellung von Lehrmitteln, diversen Geräten, audiovisuellen Lehrmitteln, Musikinstrumenten sowie Bargeld für die Hobbygruppen der Ganztagschulen verursachten einen Aufwand von rund 5,800.000 S. Insgesamt erwachsen der Stadt Wien im Jahre 1979 für die Erhaltung der allgemeinbildenden Pflichtschulen Kosten von 3.058,641.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand in der Höhe von 2.315,452.400 S enthalten, der vom Bund zur Gänze der Stadt Wien refundiert wird.

Die Zahl und Art der durchgeführten Schulversuche an den Wiener öffentlichen Pflichtschulen sind so groß, daß nur einige wesentliche herausgegriffen werden können. Vorschulklassen dienen primär der Herstellung annähernd gleicher Schulstartchancen für jene Kinder, die trotz normaler Intelligenz aus verschiedenen, häufig in ihrer sozialökonomischen Situation begründeten Ursachen zum Zeitpunkt des Schuleintrittes noch nicht die Schulfähigkeit erlangt haben und daher vom Schulbesuch zurückgestellt werden müssen. Darüber hinaus werden in Vorschulklassen auch Kinder aufgenommen, die auf Grund ihres Lebensalters für eine vorzeitige Aufnahme grundsätzlich in Betracht kommen, jedoch noch nicht voll schulfähig sind. Schulpflichtige Kinder, deren Sonderschulbedürftigkeit erwiesen ist, werden nicht in Vorschulklassen aufgenommen. Der Besuch der Vorschulklasse ist freiwillig, die Aufnahme kann nur in der Zeit bis 31. Dezember erfolgen. Die Schülerzahl einer Vorschulklasse soll 18 nicht überschreiten. Mit rund 100 Vorschulklassen waren im Schuljahr 1979/80 die Voraussetzungen dafür gegeben, daß nahezu alle für den Vorschulklassenbesuch in Betracht kommenden Kinder in eine derartige Klasse aufgenommen werden konnten.

Mit der fremdsprachlichen Vorschulung sollen dem Volksschüler ab der dritten Schulstufe unter Ausnützung der dieser Altersstufe eigenen Sprechfreudigkeit und Aufnahmefähigkeit grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten im Gebrauch einer lebenden Fremdsprache vermittelt werden. Dabei soll die Fähigkeit zum bewußten Spracherwerb, die mit zunehmendem Alter verlorengelht, ausgenützt werden. Mit diesem Schulversuch, bei dem es sich nicht um Sprachunterricht im herkömmlichen Sinn handelt, soll den Schülern aber auch der Übertritt in die weiterführenden Schulen, und zwar in allgemeinbildende höhere Schulen oder Hauptschulen, mit ihrem Fachunterricht erleichtert werden. Der Schulversuch setzt in der dritten Volksschulklasse ein und wird auf der vierten Schulstufe fortgeführt. Das Unterrichtsmaß beträgt eine Wochenstunde, die nach Möglichkeit auf zwei Halbstunden aufgeteilt wird. Die fremdsprachliche Vorschulung wird zwar derzeit noch als Schulversuch geführt, ist aber bereits so fest etabliert, daß sie in absehbarer Zeit in die Normalform der Schulorganisation übernommen werden kann. Die fremdsprachliche Vorschulung in Englisch oder in Fran-

zösisch wird von Lehrern durchgeführt, deren Eignung vom Fachberater für den Fremdsprachenunterricht festgestellt wurde.

Der Schulversuch *Integrierte Gesamtschule* strebt die Erprobung eines gesamtschulartigen Schultyps der allgemeinbildenden höheren Schule ohne Trennung nach Hauptschule und Unterstufe für alle Schüler der 5. bis 8. Schulstufe an. Dieser Schultyp soll eine größere Zahl von Schülern der oberen Begabungs- und Leistungsschicht befähigen, nach Abschluß der Mittelstufe einen weiterführenden Bildungsweg einzuschlagen und erfolgreich abzuschließen. Weiters sollen die Schüler der mittleren Begabungs- und Leistungsschicht unter stärkerer Berücksichtigung ihres individuellen Begabungsgefüges zu einer optimalen Entfaltung ihrer Anlagen geführt werden. Unterdurchschnittlich begabten Schülern wird durch einen ihre Schwierigkeiten besonders berücksichtigenden Unterricht in kleineren Gruppen sowie durch ein Angebot an zusätzlichen Förderungs- und Stützungsmaßnahmen wenigstens in einzelnen Leistungsbereichen zu einem besseren Anschluß an die Mittelgruppe verholfen. In Wien wurden 11 Schulen mit 206 Klassen, in denen rund 6.500 Schülern der Unterricht erteilt wurde, als Integrierte Gesamtschule geführt. In den Schulen in 10, Herzgasse 27/1 und Wendstattgasse 5/I, in 11, Enkplatz 4/I, wurden je 16 Klassen, in 21, Pastorstraße 29, und 22, Plankenmaistraße 30, und in 23, Dirmhiringasse 29, je 17 Klassen, in 14, Spallartgasse 18, und in 22, Anton Sattler-Gasse 93, je 19 Klassen, in 23, Anton Baumgartner-Straße 119, 21 Klassen sowie in 23, Steingasse 25 und Anton Krieger-Gasse 25, je 24 Klassen der 5. bis 8. Schulstufe eingerichtet. Außerdem wurden bereits die ersten Vorbereitungsarbeiten für eine Ausweitung des Schulversuches ab dem Schuljahr 1980/81 getroffen: Im neuerrichteten Schulzentrum in 22, Polgarstraße, wird die Unterstufe des Bundesrealgymnasiums als Integrierte Gesamtschule geführt werden.

Der Schulversuch *Differenzierte Sonderschule* wurde durch das Wiener Schulgesetz ermöglicht und verfolgt das Ziel, durch einen leistungsdifferenzierten Unterricht in den Pflichtgegenständen Deutsch und Mathematik günstigere Möglichkeiten für die Individualisierung des Unterrichts zu eröffnen und den Schülern bessere Bildungs- und Berufschancen zu bieten. Den dafür geeigneten Schülern sollen außerdem günstigere Möglichkeiten für den Übertritt in die Hauptschule sowie in den Polytechnischen Lehrgang geboten werden. Der Schulversuch wurde an den Allgemeinen Sonderschulen in 2, Holzhausergasse 5, in 3, Petrusgasse 10, und in 17, Kastnergasse 29, mit je 6 Klassen sowie in 21, Adolf Loos-Gasse, mit 14 Klassen durchgeführt.

Unter Ausnützung der in der *Ganztagsschule* gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplanung wurden durch den Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. Die Schulzeit beginnt in der Regel um 8 Uhr und endet für Volksschüler um 15.30 Uhr, für Hauptschüler um 17.30 Uhr. Für Volksschüler besteht die Möglichkeit, in der Ganztagsschule unter der Aufsicht der Lehrer oder Erzieher bis 17.30 Uhr zu verbleiben, sofern eine entsprechende Anzahl von Eltern dies wünscht. Der Samstag ist schulfrei. Unter Berücksichtigung der pädagogischen Gegebenheiten und Erfordernisse können lehrplanmäßige Unterrichtsstunden über den gesamten Schultag verteilt werden. Der Schulversuch wurde im Herbst 1974 an zwei Volksschulen und zwei Hauptschulen aufgenommen. Im Schuljahr 1979/80 wurden 11 öffentliche Pflichtschulen als Ganztagsschulen eingerichtet, und zwar in den Volksschulen in 2, Aspernallee 5, 8 Klassen, in 10, Carl Prohaska-Platz 1, 8 Klassen und 1 Vorschulklasse, in 12, Am Schöpfwerk 27, 10 Klassen, in 20, Spielmannsgasse 1/II, 8 Klassen, in 21, Irenäusgasse 2, 6 Klassen, und Dopschstraße 1/II 4 Klassen sowie in 23, Wohnpark Alt-Erlaa, 5 Klassen. Ebenso wurden die Hauptschulen 11, Hasenleitengasse 9, und 14, Hochsatzengasse 22–24, mit je 8 Klassen, 16, Roterstraße 1, mit 12 Klassen und 22, Anton Sattler-Gasse 93, mit 19 Klassen geführt.

Der Schulversuch „*Sprachliche Förderkurse für Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache*“ wurde für schulpflichtige Kinder ausländischer Arbeitnehmer eingerichtet. Dieser Schulversuch soll den Kindern eine bessere Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache ermöglichen und dadurch ihre Integration in die Klassen- und Schulgemeinschaft fördern. Es handelte sich dabei um ein unterrichtsbegleitendes Sprachtraining in kleineren Gruppen von 8 bis 12 Schülern im Ausmaß von zwei Wochenstunden mit flexiblem Kursbeginn und flexibler Kursdauer. Im Schuljahr 1979/80 wurden Förderkurse an 151 Standorten durchgeführt.

Der Schulversuch „*Muttersprachlicher Zusatzunterricht für Kinder jugoslawischer Gastarbeiter*“ wurde im Schuljahr 1975/76 erstmals eingerichtet. Er verfolgt das Ziel, im Wege eines zusätzlich erteilten Unterrichtes die muttersprachliche Bildung der Kinder soweit zu fördern, daß im Falle einer Rückkehr nach Jugoslawien die Integration dieser Kinder in jugoslawischen Schulen ohne nennenswerte Schwierigkeiten und ohne Ablegung von besonderen Prüfungen gewährleistet ist. Der Schulversuch umfaßt daher für Schüler aller Schulstufen einen muttersprachlichen Unterrichtsbereich sowie einen heimatkundlichen und einen geographisch-geschichtlichen Unterricht. Der Unterricht erfolgt nach einem österreichischen Lehrplan, der vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst auf der Grundlage eines jugoslawischen Lehrprogramms erlassen wurde. Die erforderlichen Lehrbücher sowie sonstige Lehr- und Lernmittel werden

durch die jugoslawische Unterrichtsverwaltung kostenlos beigestellt. Der Unterricht wird in der Regel von jugoslawischen Lehrern erteilt, die jedoch der österreichischen Schulaufsicht unterstehen und für jeweils ein Schuljahr als Sondervertragslehrer angestellt werden. Der Schulversuch wurde an 99 Standorten durchgeführt.

Der Schulversuch „Muttersprachlicher Zusatzunterricht für Kinder türkischer Gastarbeiter“ verfolgt das gleiche Ziel wie der oben genannte für die jugoslawischen Gastarbeiterkinder. Er umfaßt für Schüler aller Schulstufen einen Unterricht in türkischer Sprache und Sozialkunde (türkische Geschichte, türkische Geographie und Staatsbürgerkunde) sowie Religions- und Moralunterricht. Der Sozialkundeunterricht wird in der 1. und 2. Schulstufe mit dem Sachunterricht verbunden und erst ab der 3. Schulstufe als herausgehobener Bereich des Sachunterrichtes geführt. Der Unterricht erfolgt nach gruppenspezifischen Lehrstoffverteilungen auf der Grundlage eines vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst erlassenen Lehrplans, dem ein von türkischer Seite zur Verfügung gestellter Lehrplan zugrunde liegt. Die erforderlichen Lehrbücher sowie sonstige Lehr- und Lernmittel werden vom türkischen nationalen Erziehungsministerium kostenlos zur Verfügung gestellt und nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst an die Schulen geliefert. Die unterrichtsbegleitenden Kurse werden im Ausmaß von vier Wochenstunden für jeweils 7 bis 15, in der Regel 10 bis 12 Schüler eingerichtet. Dieser Schulversuch wurde im Schuljahr 1979/80 an 18 Standorten durchgeführt.

Durch eine Novelle zum Wiener Schulgesetz wurde die Möglichkeit geschaffen, nach vorheriger Befragung der Elternschaft einer Volksschule, Sonderschule oder eines Polytechnischen Lehrganges den Samstag schulfrei zu erklären. Auf Grund der durchgeführten Befragungen wurde ab dem Schuljahr 1979/80 der Samstag an rund drei Viertel der öffentlichen Volksschulen sowie an den meisten Sonderschulen und an allen Polytechnischen Lehrgängen schulfrei erklärt.

Zu Beginn des Schuljahres 1979/80 bestanden in Wien 10 kaufmännische und 25 gewerbliche **berufsbildende Schulen**. Die kaufmännischen Berufsschulen umfaßten 351 Klassen mit 10.385 Schülern, die gewerblichen Berufsschulen 766 Klassen mit 22.031 Schülern. Gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr nahm die Zahl der Klassen an den kaufmännischen Berufsschulen um eine Klasse ab, die der Schüler um 25 zu. Die gewerblichen Berufsschulen hatten 23 Klassen und 594 Schüler mehr.

Die Gesamtschülerzahl der Berufsschulen hängt eng mit der Stärke der entsprechenden Geburtsjahrgänge zusammen. Sie erreichte im Schuljahr 1968/69 ihren Tiefpunkt mit 18.000 Schülern, stieg seither konstant an und wird voraussichtlich etwa im Schuljahr 1983/84 mit 35.000 Schülern ihren Höhepunkt erreichen.

Die für den Bereich der Berufsschulen typischen, zumeist nicht vorhersehbaren Umschichtungen innerhalb der einzelnen Berufssparten, das Aussterben und die Entstehung neuer Berufe stellen die Stadtverwaltung bei der Schulraumvorsorge, insbesondere bei den Unterrichtsräumen für den praktischen Unterricht, vor große Schwierigkeiten. Als Beispiel dafür sei der rapide Rückgang der Lehrlinge im Textilgewerbe, das Anwachsen der Schülerzahl bei den Elektrotechnikern und Automechanikern und gewissen kaufmännischen Berufen oder der neuen Berufsgruppen der Kunststoffverarbeiter, der Verpackungsmittelmechaniker angeführt. Die speziellen Raum- und Ausstattungserfordernisse der einzelnen Berufssparten stehen der erforderlichen Mobilität in der Raumverwendung manchmal entgegen oder bedingen zumindest größere Kosten bei den notwendigen Umwidmungen. Die 35 Berufsschulen sind in 14 Schulgebäuden untergebracht. Der Unterricht an den Wiener Berufsschulen wird im allgemeinen ganzjährig geführt: an gewerblichen Berufsschulen jeweils mit einem ganzen Tag in der Woche und an kaufmännischen Berufsschulen mit zwei halben Tagen in der Woche.

Die Verfachlichung des Unterrichts wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen wurde in den fachtheoretischen Gegenständen eine Gruppenleitung eingerichtet, nur in wenigen Gewerben wurden auf Grund der geringen Schülerzahl mehrere Schulstufen in einer Klasse zusammengefaßt. Darüber hinaus werden Lehrlinge innerhalb gewisser Splitterberufe aus mehreren Bundesländern auf Grund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Jahre 1979 35 Lehrgangsklassen mit 689 Schülern in den Lehrberufen Gärtner, Blumenbinder und -händler (Floristen), Musikinstrumentenerzeuger, Holz- und Steinbildhauer, Drechsler, Kunststoffverarbeiter, Verpackungsmittelmechaniker und Reisebüroassistenten. Andererseits besuchten 105 Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher, Vulkanisierer, Dachdecker, Hotel- und Gastgewerbeassistenten, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Mit der Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 26. April 1976, BGBl. Nr. 430/1976, wurden Rahmenlehrpläne für die Berufsschulen erlassen. Gemäß § 3 Absatz 2 dieser Verordnung werden die Landesschulräte ermächtigt, das für den Fachunterricht vorgesehene Stundenausmaß zur Ausweitung des fachtheoretischen Unterrichtes für Lehrberufe mit besonderen fachtheoretischen Grundlagen bei Vorliegen der hierfür erforderlichen personellen und sachlichen Voraussetzungen zu erhöhen. Hiedurch sind die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden, in einzelnen Lehrberufen den Unterricht bis auf insgesamt eineinhalb Schultage in der Woche auszudehnen. Die geforderte Ausweitung des Unterrichtes blieb nicht ohne Auswirkung auf den Raumbedarf der Berufsschulen. Die darüber hinaus vorgenommene Ausdehnung des

praktischen Unterrichtes bereits auf das 1. Lehrjahr wird auch auf dem Maschinen- und Gerätesektor größere Investitionen notwendig machen.

Das größte Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, muß den heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes angepaßt werden. Diese Anpassung erfolgt schrittweise im Zuge eines umfassenden Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramms. Nach Abschluß der Arbeiten an der Zentralheizungsanlage wurden die Arbeiten zur Sanierung der Wasserinstallationen und des Kanalnetzes fortgesetzt. 1979 wurden hierfür 8 Millionen Schilling aufgewendet. Die Gesamtkosten dieser Umbauarbeiten werden voraussichtlich 45,600.000 S betragen. Mit der Herstellung der Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind die Voraussetzungen für die weitere Modernisierung der Räume für den theoretischen und praktischen Unterricht geschaffen. Die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Zentralberufsschulgebäudes in 15, Hütteldorfer Straße 7—17, wurden im Jahre 1979 mit einem Betrag von 23,400.000 S fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 165 Millionen Schilling betragen. Die Renovierung der kaufmännischen Berufsschule in 16, Panikengasse 31, wurde 1979 abgeschlossen. Die Gesamtbaukosten betragen 15,400.000 S. Der Umbau der Heizung und der Einbau der Lüftungsanlage in der Berufsschule für Friseure in 14, Goldschlagstraße 137, wurden im Jahre 1979 abgeschlossen. Die Gesamtkosten betragen 5,3 Millionen Schilling. Die Heizungsanlage in der Berufsschule für Einzelhandel IV in 15, Goldschlagstraße 113, wurde mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Schilling modernisiert. Für sonstige diverse bauliche Herstellungen in Berufsschulgebäuden wurden 1979 1,4 Millionen Schilling aufgewendet.

Auch im Jahre 1979 wurde die Ausstattung der Berufsschulen mit Maschinen und Geräten modernisiert, so wurden 22 Doppelschiebetafeln beschafft, ferner 1 Phonotypsaal und 1 Sprachlabor für die Berufsschule für Spediteure mit einem Kostenaufwand von 600.000 S eingerichtet, für Möbelineinstellungen 1,173.200 S ausgegeben. Der Berufsschule für graphische Gewerbe wurden 7 Leucht- und Montageteische, 2 Universalbelichtungsgeräte, 1 Entwicklungsgerät, eine Kamera 9×12 cm und ein Photosatz-Korrekturgerät im Werte von 265.000 S beigestellt, der Berufsschule für Fleischer 1 Misch- und Massieranlage sowie 1 Vacuumverpackungsmaschine im Werte von 145.000 S. Die Berufsschule für Zahntechniker erhielt 1 Induktionsschleuder im Werte von 112.000 S, die Uhrmacherlehrwerkstätte 26 Schülerwerkzeuge um 181.000 S. Für die Berufsschule für Einzelhandel und Spediteure wurden 1 Bürocomputer, 1 Datenerfassungsgerät, 1 vollelektrische Speicherschreibmaschine und 1 Tischrechner im Werte von 596.000 S angeschafft, für die Berufsschule für Elektromechaniker diverse Meßgeräte im Werte von 544.000 S. In der Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik wurden für die Errichtung einer Kunststoff-Schweißer-Werkstätte 125.000 S aufgewendet, in der Zentralen Lehrwerkstätte für 1 Motortester, 1 Schutzgas-Schweißanlage, 1 Dieseltester, 1 Teilwaschanlage und 1 Schnellader 190.000 S. Die Berufsschule für Industriekaufleute erhielt 20 Kugelkopfschreibmaschinen im Werte von 224.000 S, die Berufsschule für Friseure 20 Herren-Ölpumpstühle und 88 Bedienstühle in der Höhe von 240.000 S und die Berufsschule für Elektrotechnik I 148 Stromversorgungseinheiten im Werte von 419.000 S. Insgesamt wurden 1979 für die Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen sowie für die Instandhaltung im Werkstättenunterricht 5,617.100 S aufgewendet, für den praktischen Unterricht im Jahre 1979 4,212.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,140.700 S.

Der Stadt Wien erwachsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 397,872.500 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand von 257,024.800 S enthalten, von dem 50 Prozent auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 1973 vom Bund der Stadt Wien rückerstattet werden.

Die beiden Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Frauenberufe bieten eine fundierte praktische Ausbildung für die Tätigkeit im eigenen Haushalt, für hauswirtschaftliche Frauenberufe in größeren Familienhaushalten sowie in Anstalts- und Fremdenverkehrsbetrieben, die Fachschule der Stadt Wien für Damenkleidermacher bildet junge Mädchen in einem vierjährigen Bildungsgang zu Kleidermachergehilfinnen aus. Die drei Fachschulen sind Privatschulen der Stadt Wien, sie führten im Schuljahr 1979/80 29 Klassen mit 732 Schülerinnen. Die Abteilung bedeckt auch den Lehrbedarf für das erste Ausbildungsjahr an den 11 Krankenpflegeschulen der Stadt Wien. Der Gesamtstand der Lehrer belief sich auf 136, davon standen 14 nur in den Krankenpflegeschulen und 5 sowohl an den Krankenpflegeschulen als auch an den Fachschulen in Verwendung. In der Fachschule in 9, Hahngasse 35, wurden für die Erneuerung der Straßenfassade insgesamt 546.000 S aufgelegt. Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1979 rund 35 Millionen Schilling.

Das Pädagogische Institut der Stadt Wien veranstaltete im Jahre 1979 Vorlesungen, Übungen und Einzelveranstaltungen zur Fortbildung und zur Vorbereitung auf die Dienstprüfungen für Lehrer aller Kategorien sowie für Kindergärtnerinnen und für Erzieher. Zu den ständigen Vorlesungen kamen neu hinzu ein Seminar für Techniken der Erziehungshilfe, eine Einführung in die Verhaltensmodifikation mit schulischen Beispielen, Vorträge über Psychoanalyse und Schulpädagogik, zwischenmenschliche Beziehungen in der Schule und über autogenes Training sowie über Werkerziehung für Lehrer an Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen; ferner wurden geboten eine berufskundliche Information für Sonderschulen, eine Einführung in die Farbphotographie,

Beiträge zur Musikerziehung nach dem neuen wortidenten Lehrplan, wirtschaftskundliche Kompaktseminare sowie ein Vortrag über den Aufbau und die Führung einer Spielmusikgruppe in der Volksschule.

Am Beginn des Schuljahres 1979/80 veranstaltete das Pädagogische Institut eine Fortbildungsveranstaltung für Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer sowie für Lehrer an Polytechnischen Lehrgängen. Bei diesen Vorträgen wurden Themen von großer Aktualität für den Unterricht behandelt, wie Visuelle Kommunikationsbildzeichen, Einfluß des persönlichen Eindrucks auf die Lehrer-Schüler-Beziehung, Das emotionale und soziale Lernen im Gruppenverband, Maßnahmen zum Abbau von Aggressionen und Frustrationen in der Pflichtschule, Der Förderunterricht in der Volksschule mit besonderer Berücksichtigung der Grundstufe II, ferner methodische und organisatorische Überlegungen in bezug auf die Fünf-Tage-Schulwoche, Umweltschutz in der Volksschule, Sprecherziehung als Beitrag zur Einübung demokratischen Verhaltens, Neue Bestimmungen im Hauptschullehrplan, Der Beitrag der Leseerziehung zur Verstärkung der Bildungswirksamkeit, Politische Bildung in der Hauptschule am Beispiel des Unterrichtsgegenstandes Geschichte/Sozialkunde und schließlich für neu eingesetzte Kursleiter Praktische Hinweise zum Aufbau eines Legasthenikerkurses I und II. In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1979 haben 4.419 Hörer inskribiert. Dazu kamen noch zahlreiche Teilnehmer an Veranstaltungen, die nicht inskriptionspflichtig sind.

Der Bücherzuwachs der Pädagogischen Zentralbücherei betrug im Jahre 1979 1.241 Bände, so daß sich der Bücherbestand auf 166.752 Bände, Bücher und Zeitschriften belief. Im Lesesaal lagen 135 Zeitschriften zur Einsichtnahme auf, neue Nachschlagwerke wurden eingestellt. Die Bücherei wurde von 12.337 Entlehnern in Anspruch genommen, die 55.123 Bücher entlehnten, ferner der Lesesaal von 6.452 Lesern besucht, die 24.875 Bücher und Zeitschriften benützten. Die Gesamtausgaben für das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei betragen 8,581.900 S.